Anzeigenpreise:
Die achtgespaltene Zeile 40 ₰
Inserate für auswärts . 50 ₰
Arbeitsmarkt- und Wohnungsanzeigen . 20 ₰
Die 3-gesp. Reklamezeile 150 ₰
Bei Wiederholungen Rabatt.
Inserate müssen zwei Tage vor Erscheinen der Zeitung in unsern Händen sein.

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint täglich mit Ausn. d. Sonn- u. Feiertage.
Bezugspreise:
In Danzig durch unsere Zweigstellen . monatlich 2,00 ℳ
vierteljährlich 6,00 ℳ
Durch d. Post bez. außerd. Zustellgebühr . monatl. 30 ₰
Einzelnummern . . . . 15 ₰
Postscheckkonto Danzig 2945.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion: Spendhaus 6 :: Telephon 720

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Expedition: Spendhaus 6 :: Paradiesg. 32 :: Teleph. 3290

Nr. 265 | Donnerstag, den 13. November 1919 | 10. Jahrgang

Die europäische Frage.

Deutschland und Frankreich.

Seit Jahrhunderten ist das Verhältnis Deutschlands zu Frankreich das europäische Problem. Es wird auch in den kommenden Jahrzehnten so bleiben. Die bürgerliche Gesellschaftsordnung vermochte das Rätsel nicht zu lösen. Sie trieb in beiden Staaten „Politik", deren Ende wir am 31. Juli 1914 erlebt haben. Frankreich hat „gesiegt". Wie, wissen wir. Ueber 200 Milliarden Kriegsschulden, Volks- und Wirtschaftskörper mit schwärenden, tiefen Wunden bedeckt; die wichtigsten industriellen und landwirtschaftlichen Gebiete verwüstet, von kapitalistischen Schiebern und Aasgeiern zerfressen: also das „gloire", an dem ein Volk sterben kann, wenn es nicht umkehrt. Von Deutschland wollen wir gar nicht reden. Es ist sonderbar mit dem Kapitalismus! Er, der sicherlich am besten weiß, was wirtschaftliche Kräfte bedeuten, bis heute haben seine Regierungen in allen Ländern stets eine Politik getrieben, die weit entfernt war von Soll und Haben, Staat abzuwägen und zu erkennen, daß jeder Krieg auch für den Sieger eine Niederlage bedeutet, war der höchste Ausdruck der Diplomatie eine Frühjahrsparade auf dem Tempelhofer Feld oder in Vincennes. Der Friede von Versailles zeigt, wie wenig die „klugen" Staatsmänner gelernt haben. Desto mehr gilt es für Deutschland, die alten Methoden zu verlassen.

Für Experimente ist keine Zeit. Wem das Haus über dem Kopfe brennt, der muß zugreifen. Selbst wenn es um unser Land nicht so schlimm bestellt wäre, wir könnten dennoch nicht ablassen von den Grundsätzen der Versöhnung und Völkerverständigung. Es ist das Erbe der Revolution, das wir zu wahren haben, das uns heilige Pflichten auferlegt: es sind die Millionen in den Massengräbern, die uns warnen und die Richtung zeigen. Deshalb nichts Verbrecherischeres, als das alldeutsche Revanchegeschrei, als die Besudelung alles dessen, was den Namen Frankreichs trägt, und die Begeiferung jedes Franzosen, wie wir es täglich von den Idioten und Kindern der „Deutschen Zeitung" oder „Täglichen Rundschau" sehen müssen. Ist dies schon unklug von einem Besiegten, der in die Hand des Siegers gegeben ist, wieviel mehr für solche, die das Unglück verschuldet, jeden Verständigungsfrieden unmöglich gemacht und in Brest-Litowsk ein Beispiel gegeben haben, wie es die Hetzer auch mit den Westmächten gemacht hätten, wenn . . . Ja, wenn! Aus dem „Wenn" ist ein entsetzliches „Aber" geworden, und unsere Regierung hat die Herkulesaufgabe, den Karren aus dem Dreck zu ziehen.

Wenn wir jemals daran denken wollen, mit Frankreich ein friedliches und freundschaftliches Verhältnis herzustellen, müssen wir die übliche „Politik" aus unserem Sprachschatz verbannen. Mag auch Clemenceau in seiner letzten Senatsrede neben vielen törichten und haßerfüllten Tönen einige vernünftige Noten gefunden haben, das bürgerliche Frankreich wird uns immer als melkende Kuh betrachten. Soviel Milch haben wir jedoch nicht, um nur entfernt unsere eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Es gilt also: wirtschaftlichen Ausgleich! Keine „Politik"! Wirtschaftliche Beziehungen anknüpfen und Erzeugnisse austauschen, hier ist die Quelle neuen Aufstiegs für Frankreich wie Deutschland, ist das Ende aller Not und aller Elends, der Anfang zur Entwirrung des europäischen Knotens.

Beide Länder leiden unsäglich. Kapitalistische Lehrsätze können nicht mehr gelten. Nicht Ein- und Ausfuhr dem blinden Zufall überlassen, was neue Spannungen, neue Gegensätze und neue Katastrophen zeugen muß. Wir müssen wissen, was wir am notwendigsten brauchen, um durch planvolle Ein- und Ausfuhrgenehmigungen unserer zusammengebrochenen Volkswirtschaft den Sauerstoff zuzuführen, den wir gebrauchen, damit wir nicht im Stickstoff der Luxuswaren zugrunde gehen. Es spannen sich heute schon genug Fäden hinüber und herüber. Elsaß-Lothringen mit dem für unsere rheinische Industrie unentbehrlichen Minette wird ein starkes Bindeglied werden. Wir selbst sind der französischen Wirtschaft in tausend Dingen unentbehrlich. Der Wiederaufbau Nordfrankreichs kann sich nicht ohne deutsche Arbeiter und deutsche Organisation vollziehen. Dadurch werden sich die beiden Völker auch menschlich nähern und verstehen lernen. Auf Jahrzehnte ist Frankreich an die Entente verschuldet. Von jedem Zentner Kohle, den wir ihm liefern, muß Paris 45 Prozent Geldentschädigung an die Alliierten entrichten. Es gibt noch hundert andere Brücken, die über den Rhein geschlagen sind, die wir betreten müssen, damit jenseits der Vogesen der Haß schwindet, der bei neun Zehnteln der Bewohner gegen uns lodert. In den Augen Frankreichs sind wir schuldig, und die verkohlten Balken der Türme von Verdun, von Reims, von St. Quentin und Lille stecken wie schmerzende Pfähle im Körper des Volkes. Daran ändern nichts die platonischen Erklärungen einiger guter Idealisten, wie Romain Rolland und Barbusse; nichts die Sozialisten um Longuet. Sie sind noch macht- und einflußlos.

Indem Deutschland auf die wirtschaftlichen Zusammenhänge der Länder zurückgreift, packt es den Stier an den Hörnern, greift es ans Mark des Kapitalismus, dort, wo Haß und Liebe ohnmächtig sind.

Durch Abkehr von den Alldeutschen, durch Demokratie, Freiheit und Völkerverständigung werden wir allmählich unsere Gleichberechtigung mit allen Völkern erzwingen und durch wirtschaftliche Beziehungen die beste Vorarbeit leisten für die Versöhnung mit Frankreich. Damit stärken wir gleichzeitig die französische Sozialdemokratie und leisten gute sozialistische Arbeit. Für das Proletariat Frankreichs gilt es jedoch, mit allen Kräften zu wirken, daß unsere Kriegsgefangenen keine Stunde über den Friedensschluß in Knechtschaft schmachten, daß in der Pfalz und im Rheinland der Militaristenübermut erstickt wird. Diese beiden Gefahren drohen die Wasser der Versöhnung bereits an der Quelle zu vergiften und erschweren unendlich die Arbeit der Friedensfreunde. treiben hüben das Volk den Alldeutschen zu und drüben den Allfranzosen.

Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 12. Nov. Generalfeldmarschall v. Hindenburg, der gemeinsam mit Ludendorff nach der Vernehmung Helfferichs vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen soll, ist in einem an einen Güterzug angehängten Salonwagen heute vormittag hier eingetroffen. Der Feldmarschall, den Ludendorff auf dem Bahnhof empfangen hatte, wurde vom Publikum sympathisch begrüßt.

Daß den Alldeutschen die Verhandlungen des Untersuchungsausschusses sehr unangenehm sind, konnte man aus den Rufen „Nieder mit dem Untersuchungsausschuß" ersehen.

Uebrigens war auf Veranlassung des Obersten Reinhard zum Empfang Hindenburgs eine Ehrenkompanie aufgezogen. Dazu bemerkt die „Deutsche Allgemeine Zeitung": Es mag den militärischen Empfindungen des Obersten Reinhard entsprochen haben, den Feldmarschall bei seiner Ankunft auch mit militärischen Ehren empfangen zu sehen; sie selbst zu veranlassen, wie er es tat, hatte er nicht die Befugnis. Die Pflicht Reinhards wäre es gewesen, vorher die zuständigen Stellen von seiner Absicht in Kenntnis zu setzen, die Erlaubnis wäre dann nicht gegeben worden, vor allem auch deshalb nicht, weil zu erkennen war, daß Hindenburg selbst den Wunsch hatte, seine Ankunft nicht zum Anlaß einer Feier oder einer Kundgebung zu gestalten.

Die Zeitungsverbote.

Berlin, 12. Nov. (W. T. B.) Im Verein Berliner Presse wurde folgende Entschließung angenommen: Die Pressefreiheit ist in den letzten Tagen und Wochen wiederholt durch Verbote Berliner Zeitungen verletzt worden. Der Verein Berliner Presse legt gegen diese Vergewaltigung der freien Meinungsäußerung die schärfste Verwahrung ein und erklärt, daß, solange auf dieses Kampfmittel nicht verzichtet werde, von einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Regierung und Presse nicht die Rede sein kann.

Die Maßnahmen der Regierung in dieser Frage sind außerordentlich bedauerlich. Eine sozialdemokratische Regierung dürfte sich zu den Zeitungsverboten, die unter dem kaiserlichen Deutschland und unter kommunistischer Herrschaft üblich waren, nicht hergeben. Die Verbote geben außerdem den unabhängigen und alldeutschen Zeitungen nur den Glanz des Märtyrertums.

Der amerikanische Bergarbeiterstreik.

Wie wir gestern mitteilten, hat der Rat des Bergarbeiterverbandes die Aufhebung des Streikes beschlossen. Es ist aber sehr fraglich, ob die Arbeiter diesem Beschluß ihrer Führer nachkommen werden.

Die Regierung erklärt, daß die Hetzer bei der Bewegung russische Bolschewisten und Anarchisten seien. Sie hat deshalb mehrere hundert Russen ausgewiesen.

Blutige Zusammenstöße.

Centralia (im Staate Washington), 11. Nov. (W. T. B.) Bei einer gestern zur Erinnerung an den Abschluß des Waffenstillstandes veranstalteten Parade feuerten Leute, die angeblich Mitglieder der „Vereinigung der Industriearbeiter der Welt" sind, auf die Vorbeiziehenden. Vier frühere Soldaten wurden getötet, zwei tödlich und mehrere andere weniger schwer verwundet. Ein Mann, der angeblich auf den Zug gefeuert hatte, wurde gehängt. Acht Verdächtige sind verhaftet worden.

Die rheinische Bevölkerung gegen den Franzosling.

Die Unterschriftensammlung für die rheinische Republik, die von dem Dortenkonsortium veranstaltet wurde, hat, wie verschiedene Blätter berichten, eine Gegenbewegung auf den Plan gerufen. Im Kreise Wiesbaden wurden in kurzer Zeit einige hunderttausend Stimmen für nachstehende Erklärung aufgebracht: „Wir sprechen uns gegen die Gründung einer rheinischen Republik aus. Wir verlangen unter allen Umständen Aufrechterhaltung der Reichseinheit gemäß der Verfassung des neuen deutschen Reichs."

Dr. Helfferich vor dem Untersuchungsausschuß.

Berlin, 12. Nov. (W. T. B.) Zu Beginn der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses richtete der Vorsitzende Warmuth an den früheren Reichskanzler v. Bethmann Hollweg die Frage, von wem und in welcher Richtung er über die Rückrufmöglichkeit des unbegrenzten U-Boot-Krieges orientiert worden sei.

v. Bethmann Hollweg: Schon vor dem 29. 1. hat Admiral v. Holtzendorff mir und den Staatssekretären Helfferich und Zimmermann wiederholt und bestimmt erklärt, daß der U-Boot-Krieg jetzt nicht mehr rückgängig gemacht werden könne, da die Unterseeboote schon draußen wären und ein guter Teil von ihnen nicht mehr zurückberufen werden könne. Diese Erklärung hat Holtzendorff mir und Zimmermann am 29. 1. kategorisch wiederholt, als wir mit Rücksicht auf das Telegramm Bernstorffs den Aufschub des Unterseebootskrieges forderten. Graf Bernstorff erklärte in diesem Zusammenhange, daß die amerikanische Regierung nichts von dem beabsichtigten U-Boot-Krieg wußte. Wenn wir mitgeteilt hätten, daß wir beabsichtigten, die Friedensvermittlung Wilsons anzunehmen und den U-Boot-Krieg, den wir zwar beabsichtigten, deshalb aufzuschieben, dann wäre die Friedensvermittelung nach meiner Ueberzeugung weiter gegangen. Auf die Frage des Vorsitzenden an Herrn v. Bethmann, ob man beim Erlaß der polnischen Proklamation den ungünstigen Eindruck in Rechnung gestellt habe, den diese Proklamation auf Rußland machen mußte, das als erster Staat auf unsere Friedensaktion die schärfste Antwort erteilte, erklärt sich Herr v. Bethmann Hollweg außerstande, auf diese Frage jetzt einzugehen, bevor er sich das mit dem früheren Staatssekretär v. Jagow besprochen habe.

Vizekanzler a. D. **Dr. Helfferich:** Die Frage des uneingeschränkten U-Boot-Krieges durfte keine Prinzipienfrage sein, sondern sie war die Frage der militärischen und politischen Kriegführung. Sie war keine Frage irgendeines dogmatischen Glaubens, sondern des rechtmäßigen Handelns. Wir mußten uns der Situation anpassen; jeder einzelne mußte mit Berücksichtigung des Ganges der politischen Verhältnisse die wirtschaftlichen Verhältnisse zu Hause und draußen und die technische Ausgestaltung der U-Bootwaffe berücksichtigen und seine Stellungnahme daraufhin gewissenhaft prüfen. Diese ungeheure Verantwortung, gleich schwer für die Unterlassung wie für das Tun war kein Vabanquespiel, ein solches gab es für niemand.

Präsident Wilson führte wohl das Völkerrecht auf den Lippen, ordnete aber alles dem Handelsinteresse unter. Wir waren der Entente gegenüber immer die Schlechtergestellten. So schwer aber auch die unneutrale Haltung Amerikas schon auf uns lastete, so war sich die Reichsleitung doch völlig klar darüber, was der Eintritt Amerikas in den Krieg für uns bedeuten mußte. Wir sind stets jeder Schönfärberei entgegengetreten. Redner erinnerte im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen an den 7. Oktober 1916, als Dr. Spahn im Reichstagsausschuß namens sämtlicher Mitglieder der Zentrumsfraktion erklärte, daß für politische Entscheidungen der Reichskanzler dem Reichstag allein verantwortlich sei, daß aber der Reichskanzler bei seinen Entscheidungen über Kriegführung wesentlich auf die Entschließungen der Obersten Heeresleitung sich zu stützen habe. Fällt diese Entscheidung zugunsten des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstags sicher sein. Damit hat die stärkste Reichstagsfraktion, die in der U-Boot-Frage das Zünglein an der Wage bildete, die Entscheidung über den U-Boot-Krieg in die Hände der Obersten Heeresleitung gelegt und den Reichskanzler von der politischen Verantwortung für diese Entscheidung entlastet. Wenn sich heute unter den Anklägern in der Sache des U-Boot-Krieges Leute befinden, die damals diese Zentrumserklärung mit abgegeben haben, so würde ich, fuhr der Vizekanzler a. D. Helfferich weiter fort, im Privatleben diese Haltung als den Gipfel der Heuchelei bezeichnen. Jedenfalls spreche ich diesen Leuten das Recht zu einer Anklage gegen die damalige Regierung in jeder Hinsicht ab. Wer will bestreiten, daß wir den Willen zum Frieden hatten? Es wäre zum Frieden gekommen unter allen Umständen, wenn ein Funke dieses ehrlichen Willens bei unsern Feinden und bei den Männern der mächtigsten neutralen Macht vorhanden gewesen wäre. Unser Friedensangebot vom 12. Dezember wurde mit schneidender Schärfe von der Entente abgelehnt. Ihre Antwort an Wilson war eine glatte Zurückweisung seiner guten Dienste zur Herbeiführung einer Verständigung unter den Kriegführenden. Wir hatten erklärt, daß wir bereit seien, [illegible] wollten (?) und diese Erklärung wurde [illegible] storff vom Obersten Hause als höchst unverschämt bezeichnet. Die Kollektivnote der Entente vom 17. Januar zeigte, wohin die Friedensbestrebungen Wilsons eigentlich zielten. Seine Botschaft vom 22. Januar an den Kongreß enthielt nach Ansicht des Grafen Bernstorff eine Zensurierung der Friedensziele der Mittelmächte zugunsten der Entente, was gegenüber dem

einleitenden Referat des Abgeordneten Sinzheimer ausdrücklich gesagt werden muß.

Diesen Ausführungen des früheren Staatssekretärs Dr. Helfferich widersprach der Sachverständige Prof. Dr. Bonn.

Er sagte: Seiner Ansicht nach habe Präsident Wilson nicht mehr sagen wollen. Durch den Entschluß der Mittelmächte, einen Weg zu suchen, um sich zu Verhandlungen zusammenzufinden, und anderseits durch die Bekanntgabe der Weigerung der Entente sei tatsächlich ein Schritt vorwärts getan worden. In diesem Zusammenhange sei Präsident Wilson allerdings berechtigt, zu sagen, daß dadurch, nämlich durch die beiderseitigen Erklärungen ein Schritt vorwärts zum Frieden unternommen worden sei.

Nach diesen Ausführungen schließt der Vorsitzende, Abg. Warmuth, die Sitzung. In der nächsten Freitag, vormittags 10 Uhr, erfolgenden Verhandlung wird Dr. Helfferich seine Ausführungen beenden.

„Banco!"

Genosse Viktor Schiff schreibt in der „Glocke" über die tragische Schuld Bethmann Hollwegs:

„Nur die Sozialdemokratie war gegen den U-Boot-Krieg zu haben gewesen", sagte weiter Bethmann zu Bernstorff. Bei dem Sumpf, der sich zu jener Zeit „Fortschrittliche Volkspartei" nannte, und dem stark alldeutsch infizierten Zentrum mag dies wohl an sich richtig gewesen sein — aber nur für einen Kanzler à la Bethmann Hollweg. Wenn ein Mann mit fester Entschlußkraft und klarem Blick die Fraktionsführer zu sich gerufen und erklärt hätte: „Ich, der Vertreter des Kaisers, erkläre Ihnen hiermit, daß ich den rücksichtslosen U-Boot-Krieg für ein Hasardspiel ohne genügende Garantien erachte und entschlossen bin, mich auf die 110 Sozialdemokraten stützend, es im Plenum auszusprechen und in namentlicher Abstimmung die Vertrauensfrage darüber zu stellen'", dann hätte es sich sogar der nationalliberale Stresemann überlegt, bevor er seinen U-Boot-Feldzug fortgesetzt hätte.

Aber wie stand Bethmann eigentlich zu dem U-Boot-Krieg? „Hasardspiel?" „Stärkster Trumpf?" Er wußte es wohl selbst nicht recht und schwankte wochenlang.

Und Ludendorff? Seine einzige Entschuldigung scheint ja zu sein, daß er an den Erfolg glaubte. Aber selbst das steht nicht einmal fest. Zuerst spricht er von drei Monaten. Zwei Sätze später sagte er: „Noch vor einem Jahr."

Es wird übrigens interessant sein, zu erfahren, wer eigentlich von den Marinefachleuten diesen Glauben an den sicheren Erfolg des U-Boot-Krieges Ludendorff eingeflößt hat.

Ach! Wie viele Warner vor dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg hat es da gegeben, die ungehört bleiben!

Es war Bernstorff, der aus Washington funkte: „Macht ihn nicht! Er ist nicht Englands größte Furcht, sondern letzte Hoffnung!"

Und Czernin drahtete aus Wien: „Macht ihn nicht! Unsere Völker können nicht mehr weiter, und bei uns fängt es an zu gären!"

Und Brockdorff-Rantzau berichtete aus Kopenhagen: „Macht ihn nicht! Die russische Revolution steht so wie so vor der Tür, und dann haben wir ja gewonnen!"

Und Ebert, David, Scheidemann sagten: „Macht ihn nicht! Das Volk hungert und will Frieden, und der U-Boot-Krieg bringt uns nur den Krieg mit Amerika!"

Und Herr v. Hartel schrieb aus Newyork: „Macht ihn nicht! Ich sehe hier Hunderttausende von Männern, Millionen von Granaten, Milliarden von Dollars, die uns zerschmettern würden, wenn ihr ihn beginnt!"

Und Ballin und Warburg schrieben aus Hamburg: „Macht ihn nicht! Denkt an Amerikas Tonnage und an Amerikas Kredit!"

Aber im Hauptquartier zu Pleß saß Exzellenz Ludendorff, umgeben von Obersten, die sich ihren „Pour le merite" noch erhoffen wollten, von Kapitänleutnants, die ihm phantastische Versenkungsziffern vorrechneten; von Generalstabsoffizieren, die die Preßsachen bearbeiteten, als hätten sie in ihrem Leben niemals etwas anderes getan, und ihm die Ergüsse Reventlows und Dietrich Schäfers als Echo der öffentlichen Meinung auf den Tisch legten; vielleicht auch von dem einen oder dem anderen Geheimen Kommerzienrat aus Westfalen, der etwas ganz Besonderes mit Briey oder Seebrügge [illegible]

Deutschlands Leben und Zukunft, das Glück eines ganzen Volkes standen auf dem Spiel.

Was? Frieden wollt ihr machen? Ihr Miesmacher, ihr Flaumacher! Habt ihr überhaupt etwas zu melden? Wir sind die Stärkeren! Wir wollen eben nicht!

Banco.

Preußische Landesversammlung.

Berlin, 12. November.

Die zweite Beratung des Bergbauhaushalts wird fortgesetzt.

Abg. Martin (Dnat.): Unter den Bergarbeitern sind [illegible]

Abg. Steger (Z.): Die Streiks müssen aufhören. [illegible]

Abg. Lange (Dem.): [illegible]

Abg. Carstens (U. S.): [illegible]

Minister Fischbeck: [illegible]

[illegible]

Abg. Hue (S.): Die Rechte hat mit ihren Widerständen gegen alle Forderungen der Arbeiter die Revolution gemacht. Die Kohlennot ist nicht eine Folge der Revolution, sondern ihrer vorrevolutionären Politik. Die Privatregale sollten ohne Entschädigung aufgehoben werden.

Minister Fischbeck: Damit würden sie nur die kleinen Anteilbesitzer von heute treffen.

Abg. Rippel (deutschnat.): Ihre Politik (nach links) bringt uns schließlich in den asiatischen Sozialismus, der in Rußland bankrott gemacht hat.

Abg. Ludwig (S.): Schade, daß wir uns nicht früher an Herrn Rippel gewandt haben, um zu erfahren, wie es in Rußland aussieht.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Wir würden gern den Arbeitszwang einführen, aber wir müßten dann auch die Gewähr dafür haben, daß die Arbeit für das Volk geleistet wird und nicht für Schieber.

Abg. Husemann (S.): Die Beamten müssen sich mehr in die Seele der Bergarbeiter versetzen.

Die Beratung schließt. Donnerstag 12 Uhr: Vorlage über Beihilfe zu Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden, Steuerveranlagungsgesetz.

Noch immer Duelle.

Im „Militär-Wochenblatt" entrüstet sich ein „alter königlich preußischer Offizier", daß Offiziere sich heutzutage in öffentlichen Zeitungen bekämpfen und man sogar das Wort „verklagen" hört. Er schreibt: „Das gab es früher nicht. Jeder Offizier wußte genau, was er in Ehrensachen zu tun hatte, und das wollen wir auch jetzt noch beherzigen. **Der Ehrenkodex bleibt derselbe, wenn auch das ehrengerichtliche Verfahren beseitigt ist.**"

Früher mußten sich „beleidigte" Offiziere duellieren, wenn sie nicht entlassen werden wollten. Jetzt wird umgekehrt jeder Offizier aus dem Dienste gejagt, der sich einen Zweikampf zuschulden kommen läßt. Es scheint, daß dadurch die Duellverbrechen aus dem Heere so ziemlich verschwunden sind und ebenso auch aus der zivilen Bourgeoisie, welche die Offizierssitten mit Vorliebe nachahmte.

Es ist aber sicherer, man rottet die Duelle endgültig dadurch aus, daß man die bestehenden Zweikampfparagraphen beseitigt und das Duell ebenso wie jeden anderen Totschlag mit Zuchthaus bestraft. Die Duelleinrichtung soll die „Satisfaktionsfähigen" vor Beleidigung durch die eigenen Klassengenossen schützen, weil der Beleidiger den Tod zu befürchten hat. Mancher Kopfarbeiter mit akademischer Bildung glaubt sich den Sitten der „vornehmen" Kreise nicht entziehen zu dürfen. Deshalb sollte das Volk diesen „Sitten" dadurch ein Ende machen, daß es unerbittlich dem, der sich in einen Zweikampf einläßt, die ganze Härte des Gesetzes fühlbar macht.

Aus den Tagen von Brest-Litowsk.

Die „Voss. Ztg." setzt den Abdruck der „Erinnerungen aus dem Weltkrieg" des Grafen Ottokar Czernin fort. In den Tagebuchnotizen, die sich der österreichisch-ungarische Diplomat während der Unterbrechung der Brest-Litowsker Friedensverhandlungen im deutschen Hauptquartier gemacht hat, findet sich diese bezeichnende Stelle:

5. Februar 1918.

Den ganzen Tag Sitzung. Ich geriet mehrmals heftig mit Ludendorff aneinander. Die wünschenswerte Klarheit ist, wenn auch noch nicht erreicht, doch jedenfalls im Zuge. Es handelt sich neben der Klarstellung der Taktik für Brest darum, endlich einmal schriftlich festzulegen, daß wir nur für den vorkriegerischen Besitzstand Deutschlands zu kämpfen verpflichtet sind. Ludendorff opponierte heftig und sagte: „Wenn Deutschland ohne Profit Frieden macht, so hat es den Krieg verloren."

Als sich die Kontroverse immer mehr zuspitzte, stieß mich Hertling an und flüsterte mir zu: „Lassen Sie ihn, wir zwei werden das zusammen machen ohne Ludendorff."

Am 7. Februar hatte der inzwischen nach Brest-Litowsk zurückgereiste Graf Czernin eine

Unterredung mit Trotzky

über die er folgendes niederschrieb:

Ich begann damit, Trotzky zu sagen, daß ich den Eindruck hätte, daß der Abbruch und die Wiederaufnahme des Krieges unmittelbar bevorstünden und wissen möchte, ob dies ganz unvermeidlich sei, bevor der folgenschwere Schritt getan sei. Ich bitte daher Herrn Trotzky, mir offen und klar jene Bedingungen zu sagen, die er akzeptieren könne. Trotzky entwickelte darauf in sehr offener und klarer Weise, daß er gar nicht so naiv sei, wie wir anzunehmen schienen, daß er ganz genau wisse, daß die Macht das stärkste aller Argumente sei und daß die Zentralmächte imstande seien, Rußland die Provinzen zu nehmen. Er habe mehrmals schon in Konferenzen Kühlmann die Brücke bauen wollen und ihm gesagt, es handle sich nicht um das freie Selbstbestimmungsrecht der Völker in den okkupierten Provinzen, sondern um nackte, brutale Annexionen, und der Macht müsse er sich beugen. Niemals werde er seine Prinzipien aufgeben, und niemals werde er erklären, er anerkenne diese Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Die Deutschen mögen klipp und klar erklären, welches die Grenzen seien, die sie fordern, er werde darauf vor ganz Europa feststellen, daß es sich um eine brutale Annexion handle, daß Rußland aber zu schwach sei, um sich zu verteidigen. Bloß die Moonsund-Inseln scheinen ihm einen unverdaulichen Bissen darzustellen. In zweiter Linie, und das ist sehr bezeichnend, erklärte Trotzky, er könne niemals zugeben, daß wir einen Frieden mit der Ukraine schlössen, denn die Ukraine sei nicht mehr in der Hand der Rada, sondern in der ihrer Truppen. Sie bilde einen Teil Rußlands, und ein Friedensschluß mit dieser würde eine Einmischung in die internen Angelegenheiten Rußlands bedeuten. Die Angelegenheit scheint so zu stehen, daß vor etwa zehn Tagen tatsächlich die russischen Truppen in Kiew eingezogen waren, seitdem aber wieder verjagt sind und die Rada nach wie vor wieder die Macht in Händen hat. Ob Trotzky über letzteres nicht informiert ist oder ob er absichtlich die Unwahrheit spricht, ist nicht sicher, doch scheint mir eher ersteres der Fall zu sein.

Die letzte Hoffnung, mit Petersburg zu einer Verständigung zu kommen, ist geschwunden. In Berlin wurde eine Aufforderung der Petersburger Regierung aufgefangen, welche die deutschen Soldaten auffordert, den Kaiser und die Generale zu ermorden und sich mit den Sowjets zu verbrüdern. Daraufhin kam ein Telegramm Kaiser Wilhelms an Kühlmann mit dem Befehl, **sofort Schluß zu machen und außer Kurland und Litauen auch noch die unbesetzten Gebiete Livlands und Estlands zu verlangen — alles, ohne das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu berücksichtigen.**

Unterm 11. Februar 1918 schreibt Graf Czernin in sein Tagebuch: **Trotzky lehnt es ab, zu unterschreiben. Der Krieg ist aus, aber Friede ist keiner.**

Die Minoritäten in Litauen.

Der neue litauische Ministerpräsident Galwanowsky erwähnte in seiner Programmrede in der Taryba auch die Minoritätenfrage und sagte u. a.:

Zum Aufbau des freien Litauens werden alle Nationalitäten, die es bewohnen, als solche aufgefordert. Es werden im Rahmen des allgemeinen Staatsverbandes durch das Gesetz die Bedingungen einer freien Entwickelung gesichert, da die Regierung überzeugt ist, daß nicht äußerer Zwang, sondern nur freie Mitarbeit der Nationalitäten sie mit festen und dauernden Banden einer einigen Bürgerschaft zusammenschmieden könne. Die Ausarbeitung der Form der nationalen gegenseitigen Beziehungen wird die Aufgabe der Konstituante sein.

In soweit aber in diesem Belang unaufschiebbare Fragen der Lösung harren, wird die Regierung solchen Forderungen entgegenkommen und sich dabei von den Grundsätzen leiten lassen, die in den Erklärungen der litauischen Pariser Delegation vom 5. August dargelegt worden sind. Insbesondere wird die Regierung unverzüglich Schritte einleiten, um die im Werden begriffene Organisation der jüdisch-nationalen Autonomie in Form der demokratischen Gemeinde auf dauernde rechtliche Grundlage zu stellen und ihr vor allem das Recht der Steuererhebung in ihren Gemeinden für innere Verwaltungszwecke geben.

Die französische Kinozensur.

Ein gesetzliches Einschreiten gegen die unerträglichen Zustände im Kinowesen ist unerläßlich. Darin stimmen die beteiligten Kreise überein, auch die Preußische verfassunggebende Nationalversammlung hat kürzlich in diesem Sinne einen Beschluß gefaßt. Art. 118 der Verfassung läßt die Möglichkeit zu, Lichtspielaufführungen der Zensur zu unterstellen, und gesetzgeberische Bestrebungen nach dieser Richtung hin sind im Gange.

Es wird interessieren, zu erfahren, daß in Frankreich kürzlich auch gegen das Kinematographenunwesen durch Einführung der Zensur vorgegangen worden ist. Am 25. Juli ist eine Verordnung des Präsidenten der französischen Republik über die Kontrolle der kinematographischen Films erlassen worden. (Amtlich veröffentlicht im „Journal officiel de la Republique francais" Nr. 207 vom 2. August.) Es heißt darin im Art. 1: „Kein kinomatographischer Film, mit Ausnahme der Films, die Begebenheiten oder Ereignisse der Gegenwart wiedergeben, darf öffentlich vorgeführt werden, wenn dieser Film und sein Titel nicht das Visum des Ministers des öffentlichen Unterrichts und der Schönen Künste erhalten haben. Dieses Visum darf nur bewilligt werden, nachdem die im folgenden Artikel vorgesehene Kommission ihr Urteil abgegeben hat. Die Wiedergabe des Visums muß sich auf jedem projuzierten Film befinden." — Art. 2 handelt von der eben erwähnten Kommission. Sie wird beim Minister des öffentlichen Unterrichts und der Schönen Künste „für die Prüfung der Textbücher oder der Szenenbücher und der Films" angesetzt und besteht aus 30 Mitgliedern, die von dem Minister ernannt werden. Zehn von ihnen werden vom Minister des Innern vorgeschlagen. Die Mitglieder werden auf drei Jahre ernannt; der Kommission dürfen auch Frauen angehören. — Art. 3 bestimmt, daß sich die Kommission in Sektionen gliedern kann, deren jede mindestens aus drei Mitgliedern bestehen soll, von denen eines den Minister des Innern vertritt. Die Sektionen können Gesuche und Begutachtungen vor die Gesamtkommission verweisen. Die Gutachten selbst sind binnen einer Frist von einem Monat entweder auf Grund der Besichtigung des Films oder, je nach dem Fall, bereits nach Prüfung des Textbuches abzugeben. — Im Art. 4 wird die Frage der Anwesenheitsgelder für die Mitglieder der Prüfungskommission geregelt. Es wird weiterhin bestimmt, daß die Kosten der Prüfung und des Visums des Films nach den durch Gesetz bestimmten Tarifen normiert werden und den Beteiligten zur Last fallen. — Nach Art. 5 bilden die Vorschriften dieser Verordnung kein Hindernis für etwaige ortspolizeiliche Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung getroffen werden könnten.

Für die gesetzgeberische Regelung der Angelegenheit in Deutschland wird das französische Vorgehen immerhin als Anhaltspunkt zu bewerten sein.

Wie groß ist die Wohnungsnot?

In der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes (Nr. 9) wird ausgeführt, wieviel im zweiten Quartal 1919 in deutschen Städten gebaut worden ist. Will man ersehen, wie kümmerlich dieser Wohnungszuwachs wirkt, in welch großem Maße er noch heute hinter dem allernotwendigsten Bedarf zurückbleibt, dann müssen wir zum Vergleich die Verhältnisse heranziehen, wie sie vor dem Kriege bestanden. Während des Krieges hat die Bautätigkeit ja geruht.

Bekanntlich wird allgemein für notwendig gehalten, daß 3 Prozent Wohnungen leer stehen. Sinkt der Satz unter 3 Prozent, so herrscht große Not. Dieser Satz wurde vor dem Kriege aber nur von einigen Städten erreicht. Er betrug in Hamburg 5,6 Prozent, Altona 4,7 Prozent, Düsseldorf 4,2 Prozent, Wilmersdorf 3,8 Prozent, Schöneberg 3,4 Prozent, Posen 3,1 Prozent und Kiel 3 Prozent. Aber auch diese Zahlen sprachen nicht gegen eine Wohnungsnot in diesen Städten, denn es kam schon damals vor allem auf das Vorhandensein von Kleinwohnungen an. In den weitaus meisten Städten herrschte jedenfalls Wohnungsnot, manche Städte blieben sogar unter 1 Prozent, nämlich Hannover und Essen (je 0,9 Prozent), Bremen (0,7), Elberfeld (0,6), Stettin (0,5) und Dortmund (0,3 Prozent).

Wie ein Tropfen auf einen heißen Stein wirkt da der Wohnungsbau, der sich nach dem Reichsarbeitsblatt im 2. Quartal 1919 vollzogen hat. Unter den 23 Städten von 50—100 000 Einwohnern sind nur 9, die einen Reinzugang von mehr als einem Wohngebäude hatten und unter den 42 Städten über 100 000 Einwohner waren es nur 12. Und wenn mehr als ein Gebäude errichtet wurde, dann handelt es sich meist auch nur um 2—6 Gebäude. Allein Augsburg (29), Bremen (162) und Nürnberg (30) haben einen nennenswerten Zuwachs aufzuweisen. Vor allem Bremen. Es erhebt sich hoch heraus aus allen deutschen Städten und es ist ein Beweis dafür, daß etwas gegen diese fürchterliche Wohnungsnot geschehen kann. Es sollte alle deutschen Städte hierin zur Nacheiferung mahnen.

Beilage zur Volkswacht

Nr. 265 | Donnerstag, den 13. November 1919 | 10. Jahrgang

15 Jahre Arbeiterjugendbewegung.

Vor einigen Wochen wurden es 15 Jahre, seit der eigentliche Vorläufer unserer heutigen Arbeiterjugendbewegung, der „Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins“ auf der Schaubühne des öffentlichen Lebens erschien. Zwar hatte sich schon im Oktober des Jahres 1903 in Offenbach am Main eine Jugendorganisation, und in der zweiten Hälfte des Jahres 1904 eine solche in Mannheim gebildet, die sich allmählich unter Führung unseres unvergeßlichen Dr. Ludwig Frank, der schon seit mehr als fünf Jahren drüben in Frankreich zum letzten Schlaf gebettet liegt, über ganz Süddeutschland ausbreitete. Allein die geistigen Bahnen, in denen sich diese im Jahre 1906 zum „Verbande der jungen Arbeiter Deutschlands“ zusammengeschlossenen Jugendorganisationen ursprünglich bewegten, lassen diese zum eigentlichen Vorläufer der modernen Arbeiterjugendbewegung wenig geeignet erscheinen. Immerhin mußten auch die Süddeutschen bei der praktischen Jugendarbeit einsehen, daß die Hebung der materiellen Lage der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Hand in Hand gehen muß mit der geistigen Schulung im Sinne der sozialistischen Weltanschauung. Der Verband der jungen Arbeiter zählte 1907 bereits 4200 Mitglieder.

In Norddeutschland ging der Organisationsgedanke der arbeitenden Jugend von Berlin aus. Am 10. Oktober 1904 wurde dort die erste Jugendorganisation gegründet. Ihre Entstehung ist außerordentlich interessant. In seiner Broschüre „Der Weg zum Licht“, die einer der Gründer der Berliner Jugendorganisation, Max Peters, als 17jähriger geschrieben hat, wird eingehend die Entstehung des Vereins geschildert. „Nicht von wenigen Erwachsenen künstlich gebildet, sondern aus dem Innersten der Jugend impulsiv heraus ist sie emporgewachsen“. „Durch die maßlose Ausbeutung und Mißhandlung in Berlin hervorgerufen, war unter den Berliner Jugendlichen plötzlich eine ziemlich starke Erregung und Unzufriedenheit entstanden. Kräftig wurde sie alsdann genährt durch das besonders im Jahre 1904 überaus zahlreiche Bekanntwerden himmelschreiender Mißstände im Lehrlingswesen. Es gärte unter den Jugendlichen! Da ging im Juni desselben Jahres wie ein Lauffeuer die erschütternde Kunde durch die Oeffentlichkeit, daß ein Schlosserlehrling wegen fortgesetzter unglaublicher Mißhandlung durch seinen Meister seinem qualvollen Leben gewaltsam ein jähes Ende bereitet hatte.“ Damals schrieb ein Mitarbeiter in dem von E. Bernstein herausgegebenen Neuen Montagsblatt: „Die Oeffentlichkeit ist auf kurze Zeit wieder aufgeregt — und im Lehrlingsjammer bleibt alles beim alten.“

Aber es blieb nicht beim alten. „Dieser Selbstmord“ ihres Arbeitsbruders und Leidensgenossen, dessen toten, mit Striemen und Beulen bedeckten Körper man erhängt im Walde auffand, wirkte dauernder auf die Jugendlichen.“ Es kam dann, wie bereits gesagt, am 10. Oktober desselben Jahres zur Gründung der ersten Jugendorganisation Berlins, die nach drei Jahren bereits in Berlin über 2000 Mitglieder verfügte. Allmählich breitete sich dann die junge Bewegung auch über die übrigen Teile des Reiches aus. Und in dem Maße, wie die moderne Arbeiterbewegung die Notwendigkeit einer intensiven Förderung der Arbeiterjugendbewegung erkannte, rüstete das gesamte Bürgertum des Polizeistaates Preußen-Deutschland zum vernichtenden Schlage gegen die Organisationen der jungen Arbeiter. Den würdigen Auftakt zu diesem Beginnen bildete das Inkrafttreten des Reichsvereinsgesetzes von 1908. Es darf wohl bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen werden, daß ein Freisinnsmann, der Abg. Dr. Müller-Meiningen, es war, auf dessen Veranlassung der berüchtigte § 17, der jugendlichen Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen verbot, in das Gesetz hineingearbeitet wurde. Nicht einmal die reaktionäre Regierung der Aera Bülow war auf diesen „genialen“ Einfall gekommen.

Nun hätte ja den Jugendorganisationen bei sinngemäßer Anwendung des § 17 durchaus nichts geschehen können, da die Bewegung doch einen völlig unpolitischen Charakter trug. In der Erkenntnis jedoch, daß nun jeder Büttel auf die Arbeiterjugend stürzen und ihre Organisationen der Auflösung verfallen würden, nahmen im Jahre 1908 die höchsten Instanzen der deutschen Arbeiterbewegung, der Gewerkschaftskongreß in Hamburg und der Parteitag in Nürnberg, zur Jugendfrage Stellung und stimmten neuen Richtlinien für die Jugendarbeit zu. Danach wurden die selbständigen Organisationen aufgelöst. An ihre Stelle trat das bis zur Revolution bestandene Abonnentensystem unter Leitung der Jugendausschüsse, die aus Vertretern der Partei, der Gewerkschaften und der Jugendlichen zusammengesetzt waren. Hand in Hand mit dieser äußeren Umwandlung vollzog sich eine intensive geistige Vertiefung der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in die reiche Ideenwelt des Sozialismus. Es begann eine Zeit überaus reichen, fruchtbaren Schaffens, an dem die Jugendlichen, wie auch ihre erwachsenen Freunde und Berater, regen Anteil nahmen. Und nicht allein in die Tiefe, sondern auch in die Breite ging die aufstrebende proletarische Jugendbewegung. Als im Jahre 1914, kurz vor Beendigung zehnjähriger rastloser Arbeit, der unselige Weltkrieg über die Menschheit hereinbrach, da konnte bereits ein Heer von 100 000 jungen, nach Licht und Wahrheit strebenden Arbeitern und Arbeiterinnen gemustert werden. Die geistige Führerin in diesem Ringen war und ist, das muß rühmend anerkannt werden, die seit dem Jahre 1909 erscheinende Arbeiter-Jugend, das leuchtende Banner des proletarischen Jungvolks.

Indessen blieb auch das gesamte Bürgertum im Kampf gegen die Arbeiterjugendbewegung nicht müßig. Vom ersten Beamten des Reiches bis herab zum niedersten Dorfbüttel wurde alles gegen die Jugend bezw. gegen ihre Bewegung mobil gemacht. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle auf alle die kleinlichen Schikanen, die Polizei und Staatsanwalt ersannen, einzugehen. Dieser Kleinkrieg erinnert gar zu lebhaft an die Zeit des Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie. Wie der Werdegang des jungen Arbeiters, so war auch die ganze Entwicklung der Arbeiterjugendbewegung ein einzig langer Leidens- und Dornenpfad. Dessenungeachtet erstarkte die Bewegung zusehends. Auch das Zuckerbrot, die künstliche Aufpäppelung und Inszenierung der neueren Jugendpflege mit Einschluß Jungdeutschlands und der unverwüstlichen Pfadfinder durch die Unterstützung des Korruptionsfonds der alten preußischen Regierung und des an der Niederhaltung der Arbeiterjugend interessierten Großkapitals vermochten den Aufstieg der Bewegung nicht zu verhindern. Sie ging ihren Weg, geistigt durch die Macht der großen deutschen Arbeiterbewegung, vorwärts und aufwärts gedrängt durch die gewaltige geistige und sittliche Kraft ihrer herrlichen Ideale.

So kam der Krieg heran. Und damit auch ganz naturgemäß der erste gewaltige Rückschlag. Die Führer wurden zum erheblichen Teil zum Heeresdienst einberufen. Andere sprangen in die Bresche, um dann auch über kurz oder lang von der rasenden Kriegsfurie in ihren Bann gezogen zu werden. Hunderte von ihnen haben die Heimat nie mehr wieder. Auf den Schlachtfeldern im Westen, Osten und Süden, oder gar in den unergründlichen Tiefen des Meeres fanden sie ihr frühes Grab, betrauert von zehntausenden jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen, denen sie mit der flammenden Begeisterung und der ganzen Leidenschaft ihrer Jugend das Banner im Kampfe vorangetragen haben. Und weil dann die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen führerlos wurden, war es politischen Abenteurern nach Hervortreten der leidigen Spaltungstendenzen in der Arbeiterbewegung ein leichtes, den Bruderkrieg auch in die Jugend hineinzutragen. Das Jugendheim beherrschte die politische Phrase. Das waren die dunkelsten Tage, die die Bewegung durchlebte. Es war gewiß kein erhebendes Gefühl, aufs neue wieder Steinchen an Steinchen zusammenzutragen zum Bau einer neuen Organisation. Aber ein Teil der alten Genossen hat sich nach der Revolution gern und freudig zu dieser opferreichen Arbeit bereit gefunden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben. Auf den Trümmern der im Kriege unter der Wucht der unglückseligen Verhältnisse an vielen Orten zusammengebrochenen Jugendbewegung erhebt sich heute ein neues Organisationsgebäude. Dazu kommt, daß die Bewegung in ein neues, zeitgemäßes Kleid gehüllt worden ist. An die Stelle des losen Abonnentensystems ist die feste Vereinsform getreten. Der Solidaritätsgedanke, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller unter der gleichen Not leidenden jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen finden heute ihren greifbaren Niederschlag in der festgefügten Organisation, der arbeitenden Jugend, dem Verbande der Arbeiterjugendvereine Deutschlands.

Das proletarische Jungvolk marschiert, unbeirrt durch jenes Phrasengedresch, das uns heute noch aus allen Winkeln entgegenschallt. Von dem Gedanken beseelt, daß die Arbeiterjugend das junge Geschlecht der um Freiheit und Wohlfahrt ringenden Arbeiterklasse ist, erzieht die deutsche Arbeiterschaft, heute wie gestern, ihre Söhne und Töchter zu kraftvollen, sittlich und geistig starken Persönlichkeiten. Mit emsigem Fleiß geht der junge Nachwuchs daran, sich das geistige Rüstzeug zu schaffen, dessen er zur Erfüllung seiner späteren gewaltigen Aufgaben bedarf. Die Arbeiterschaft, die eine solche Jugend ihr eigen nennt, kann hoffnungsfreudig in die Zukunft schauen, vertrauend auf den jungen Recken, der sich zum kommenden Kampfe rüstet, getreu dem Dichterwort:

„Nur der gewinnt die Freiheit und das Leben,
Der täglich kämpfend sie erobern muß!“

Gewerkschaftliches.

Zu unserer Notiz: „Es geht wie geschmiert“ senden uns die darin genannten Verbände folgende Entgegnung:

„In der Nr. 240 der „Volkswacht“ vom 15. Oktober wird unter dem Kennwort: „Es geht wie geschmiert“ die Behauptung aufgestellt, der Verband Deutscher Handlungsgehilfen und der Kaufmännische Verein von 1858, Hamburg, hätten am 24. April 1919 von der Zigarettenfabrik Georg A. Jasmatzi, Aktiengesellschaft, Dresden, den Betrag von 3000 Mark angenommen.

Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen, da sie den Anschein erweckt, als ob die Leitungen der betr. Verbände die Annahme dieser für Wohlfahrtszwecke bestimmten Spende gutgeheißen hätten. Die Leitung des 58er Vereins hat die Annahme der Spende glatt abgelehnt. Die des Leipziger Verbandes konnte dieses nicht sogleich tun, da das Geld dem Stiftungsausschuß des Genesungsheims Niederschlema i. E. zuging, der als selbständige juristische Körperschaft ihr nicht unterstellt ist. Sie hat aber, als sie von der Spende erfuhr, unverzüglich Schritte unternommen, die eine Rückerstattung des Betrages bezwecken.“

Auch diese „Berichtigung“ zeigt diese Angestellten-„Gewerkschaften“ noch in einem eigenartigen Licht. Es ist immerhin charakteristisch, daß die Arbeitgeber gerade diesen Verbänden Geldmittel anbieten. Den freien Gewerkschaften ist diese Ehre noch nie widerfahren.

Eine mißglückte Novelle.

Von Salamon Dembitzer.
Deutsch von Lucie Schweriner.

Um ein paar Gulden zu verdienen, saß ich die halbe Nacht auf und arbeitete an einer Erzählung, die mir durchaus nicht glücken wollte. Ich schrieb, strich aus, schrieb, strich wieder aus. Das Richtige war es nicht; und als mir endlich ein guter Einfall zu kommen schien und ich ihn niedergeschrieben hatte, sah ich, daß er von jemand ganz anders stammte und ich ihn in irgend einem Buche gelesen haben mußte. Ich strich wieder aus, denn eine innere Unruhe quälte mich und eine Stimme klagte mich an: „Denkst du denn, daß dieser Diebstahl anders ist als ein ganz gewöhnlicher? Hast du dich noch zu wenig mit fremden Federn geschmückt? Du bist ein ganz gewöhnlicher Dieb, ein Missetäter . . . ich wollte dich nicht immerwährend daran erinnern, weil es mir Freude bereitete, wie du schwitzest und aufstachelnde Reden hieltest über Recht und Moral, die wohl klug zusammengestellt, aber doch von einem anderen abgeschrieben waren, so daß man es nicht merken konnte . . . am meisten habe ich gelacht, als du eine Anklage gegen die Reichen und Besitzenden schriebst und die Armen und Verstoßenen in Schutz nahmst . . . später rietest du deinem reichen Freund, die Witwe mit ihren fünf Kinderchen aus der Wohnung zu jagen, weil sie die Miete nicht bezahlen konnte, und dann nahmst du selbst die Wohnung . . . du selbst . . .“

Die Nacht ging ihrem Ende zu; es wurde Tag. Und ich stand am Fenster und sah die lange leere Straße hinab. Die Häuser standen müde und schläfrig da: nur durch ein paar vereinzelte Fenster sah man ein Nachtlicht brennen. Von irgendwoher klangen langsame leise Schritte, ein Einbrecher kam und ging, sein Schritt klang unsicher, hart und hastig: endlich verlor er sich um eine Ecke . . . und über dieser frühen Morgenstille hing ein grauer Himmel; melancholisch. Diese tiefe Stille machte mich noch unruhiger, und während ich so am Fenster stand und das tote Leben betrachtete, sprach ein Stimme weiter:

„Einst warst du ein Kind und ein kleines sechsjähriges Mädelchen, das Kind der Amme deines Bruders, kam jeden Abend zu euch, um seine Mutter zu besuchen. Sie hatte blonde Locken, ein blasses Gesichtchen und dunkle unschuldige Kinderaugen, die verwundert in die Welt blickten und nicht begreifen konnten, daß seine Mutter bei deiner Mutter dienen und deinem Brüderchen zu trinken geben mußte . . . und warum ihr in solchen schönen Zimmern mit modernen Möbeln wohntet, während seine Mutter mit einem kleinen Gemach vorlieb nehmen und ihr Kind zu fremden Leuten geben mußte, die den ganzen Tag arbeiteten; der Mann in einer Fabrik, die Frau am Waschfaß und die keine Zeit hatten, nach dem „Pflegekind“ zu sehen. Diese unschuldigen Augen wunderten sich nicht selten, daß du, obgleich du erst sechs Jahre alt warst, immer soviel Geld hattest und dir dafür kaufen konntest, was du wolltest: und dann durftest du den ganzen Tag herumtanzen und abends mußte ihre Mutter dir noch helfen, dich auszuziehen . . und sie . . sie bekam nur jeden Sonntag einen Cent von ihrer Pflegemutter und dafür mußte sie die ganze Woche hindurch allerlei Gänge machen und sogar noch bei der Wäsche helfen. Und wenn sie des Abends zu euch nach Hause kam, mußte sie auch mal deine Lackschuhchen zum Schuhmacher bringen und auf dem Zurückweg allerlei für deine Mutter mitbringen . . . ach, dieses kleine Mädchen locktest du einst auf den dunklen Boden, stachest sie dort mit einer Nadel in den Arm und schlossest sie dort ein, daß sie nicht heraus konnte. Und während sie jämmerlich weinte, gingst du ins Kinderzimmer zurück und tatst, als ob die ganze Sache dich nichts anginge . . .

Erst ein paar Stunden später kam zufällig jemand auf den Boden und hörte das noch schwache Schluchzen des Kindes. Man schloß ihm auf, brachte es hinunter und, obschon es ganz blaß vor Schreck war und noch nicht auf alle Fragen antworten konnte, wurde es obendrein von der Amme, seiner Mutter, bestraft. Und wenn auch jeder wußte, daß du der Schuldige warst, schlug man dich doch nicht. Ja, deine Mutter brummte selbst noch, daß das fremde Volk ihr Kind verdürbe.

Du wurdest älter.

Du gingst aufs Gymnasium, und wenn deine Mutter dich — so mit den Büchern unterm Arm dahingehen sah, strahlte ihr Gesicht von Mutterglück. Und einmal brachtest du einen kleinen Freund mit, einen Schulkameraden, dessen Mutter sich das Geld vom Munde absparen mußte, um die Schulbücher kaufen zu können. Er war schlank und bleich, hatte eine hohe Stirn und ein paar freundliche, verständige Augen. Deine Mutter verabredete mit ihm, daß er dir bei deinen Schularbeiten helfen sollte. Und dafür bekam er des Abends ein Butterbrot . . . . und gerade hatte sie ein junges Dienstmädchen, das du, als du eines Morgens aufstandest, auf dem Hofe bemerktest . . . . . und du schämtest dich nicht, dir durch ihn Liebesbriefe schreiben zu lassen, die du ihr persönlich übergabst. Ja, noch mehr. Da du wußtest, daß er von dir abhängig war (wenn auch, hätte er dir nicht geholfen, du bestimmt jedes Jahr sitzen geblieben wärst), hast du ihn mit den anderen Jungen zusammen ausgelacht und verspottet: aber er schwieg still, weil er vernünftig war und seine Abende nicht verlieren wollte . . . . . ja, er blieb auch still, als du den Jungen lachend erzähltest, daß du ihm einen alten Anzug geschenkt hättest . . . . weißt du, obgleich er einen guten Kopf hatte und alle Schularbeiten für dich machte. Und obgleich er die Härte des Lebens wohl kannte und sich den Umständen anzupassen verstand, hat er es in dieser Welt doch zu nichts gebracht. . . .

Er ist nun Buchhalter irgendwo, und muß seine alte kranke Mutter mit unterhalten. Vielleicht denkt er in schlaflosen Nächten an dich und freut sich trotz seines Unglücks, daß er sich damals nicht gerächt hat . . . . denn sonst wäre er jetzt nicht einmal Buchhalter gewesen.

Und du wurdest noch älter.

In einer kalten Winternacht, als deine Mutter krank zu Bette lag und sie dir unter Schmerzen bat, diese Nacht bei ihr zu bleiben, weil sie sich fürchtete vor Verlassenheit und Schmerzen sterben zu müssen, schlichst du, obgleich du es ihr versprochen hattest, doch heimlich aus dem Krankenzimmer hinaus. Und während du dich in diesen traurigen Häusern bei gepuderten Mädchen, bei Spiel und Wein amüsiertest, gab deine Mutter, noch deinen Namen auf den Lippen, den Geist auf.

Dein einziger Freund schenkte dir Vertrauen und bat dich, seiner Frau Gesellschaft zu leisten: Da hast du sie einfach zu dir genommen, gelacht über alle seine Vorstellungen und gelacht, als er wie ein Bettler dir zu Füßen lag und dich anflehte, sein Glück nicht zu zerstören. Aber sage mir, warum hast du sie dann von dir gestoßen, als sie älter wurde?

Weißt du nicht, daß Frauenherzen nur einmal im Leben blühen und der Glanz nie wieder zurückkommt; denn zart sind sie wie Frühjahrsblumen, schwach und hilflos. Sie haben Schutz nötig gegen Sturm und Unwetter und wie unschuldige Kinder glauben sie starken Manneswörten . . . . und wissen nicht, daß Worte „Worte“ bleiben.

Warum hast du deinem Bruder das Erbe, das ihm zukam, fortgenommen? Du hängtest ihm einen Prozeß an und zeigtest einen falschen Wechsel deiner Mutter vor, daß er ihr noch Geld schuldig sei. Und als er den Prozeß und das Erbteil verloren hatte und zurück wollte in das fremde Land, wo seine Frau verlangend auf ihn wartete in der Hoffnung, daß sie nun nicht mehr so hart wie früher zu kämpfen haben würden . . . wolltest du ihm nicht einmal das Reisegeld geben. . . .“

* * *

Von der Straße her hörte man bereits Schritte: Arbeiter gingen schnell vorbei, noch den Schlaf in den Augen. Frauen mit großen Körben riefen ihre Waren schallend aus: und während allerlei Läden geöffnet wurden und die Kirchenglocken zu läuten anfingen, wurde der Himmel immer heller und heller: das Leben begann seinen gewohnten Gang.

Das alles störte mich in meinen Gedanken am Fenster und darum setzte ich mich an den Schreibtisch: und auch hier noch hörte ich die Stimme, die spottend und scharf die lange Reihe der Erinnerungen meines Lebens beendete:

„. . . . Ich hätte dir noch tausendmal mehr sagen können, aber ich weiß, du wirst so unverschämt sein, so unbescheiden und gemein, daß du deine eigene Seele bloßlegst und für Geld verkaufst. Was ich dir diese Nacht erzählte, wirst du aufschreiben als Entschädigung für die Erzählung, die nicht glücken wollte. . . . . Du wirst dabei vielleicht auch lachen, denn du bist so verdorben und schlecht, daß du dich nicht schämst, dein Tiefstes und Heiligstes lächerlich zu machen . . . .“

Lokales.

Zeitgedanken.

Sehr früh hat diesjährig der Winter eingesetzt. Zu früh für alle, die in Sorgen um das Leben einhergehen. Und ihrer sind viele, trotz der „hohen" Entlohnung, über die alle jene nicht genug zetern können, die selbst aus dem Vollen leben und Entbehrungen nur aus Zeitungs- oder anderen Berichten kennen.

Eine vom Herbst auf den Winter überleitende Witterungsperiode ist uns in diesem Jahre versagt geblieben. So konnten wir kaum Vorbereitungen zum Empfang des strengen Gastes treffen. Lange bevor die Sonne ihre südlichste Morgen- und Abendweite erreicht hat und wir den kürzesten Tag verzeichnen, ist die Erde, die leider noch viel ungeerntete Hackfrüchte birgt, in Frost erstarrt. Die Gewässer bedecken sich mit Eis. Herniedergerieselter Schnee bleibt liegen und bildet über allem eine zartweiße Decke. An Baum und Strauch leuchtet freilich noch frostkrauses grünes, oder fahlbraunes Laub, das sich nur unwillig vom Winde zur Erde zerren läßt. Frierend ziehen die Raben über unwirtlich gewordenes Land. Die [illegible] lockt nicht mehr zu längerem Verweilen [illegible] an die Wogen der See glucksend und [illegible]. Ueber den erregten ewigen Wellen [illegible] Schwarm kreischender sturmfroher Möwen. [illegible] Die Tragödie der Wintermacht [illegible] für uns.

[illegible] ein Sonntag. Von Glocken- [illegible] Kirche zu den Stätten, die [illegible] Erbauung und Erhebung [illegible] werden. Als ob [illegible] Gott [illegible] nicht in uns trügen und dem Ewig- [illegible] der Zeit [illegible] Lebensgemeinschaft. [illegible] die Religion, [illegible] Geist, [illegible] dem [illegible] Früchte der Erkenntnis [illegible] Machthaber nicht [illegible]. Nur da uns der große Sturm viele [illegible] und wir nicht mehr [illegible] uns auch von den dicken Banden werden, die uns [illegible] Kunst und Natur- [illegible]

[illegible]

Für unsere Jugend.

[illegible]

Ein Beitrag zum Kapitel § 218 Strafgesetzbuch.

[illegible]

wegen von ihrem Manne, einem Witwer mit drei Kindern schlecht behandelt. Während des Krieges wurde der Mann eingezogen und hat sich dann bei seiner Frau nicht mehr sehen lassen. Diese nahm Arbeit in der Gewehrfabrik und trat — dreißigjährig — in Beziehungen zu dem daselbst beschäftigten Arbeiter D., der sich ihr als Witwer ausgab. Als das Verhältnis Folgen zeitigte, enthüllte er sich als verheirateter Familienvater und ließ die Mutter sitzen. Diese verlor nunmehr infolge der Demobilmachung ihre Brotstelle. Es gelang ihr nicht, Erwerbslosenunterstützung zu erlangen, da ihre Familien-Verhältnisse nicht genügend geklärt waren. Sie verkaufte ihre Lebensmittelkarten, da sie nicht genügend Geld besaß, um sich das ihr Zustehende zu kaufen. Weinend klagte sie ihre bittere Not einer Freundin; sie wisse nicht, wovon sie ihr künftiges Kind ernähren solle, da sie für sich selber nichts hätte. Diese Freundin gab ihr den Rat, die Hilfe einer weisen Frau in Anspruch zu nehmen. Durch den Verkauf ihres einzigen Bettbezugs und einer Decke gewann sie die Mittel, um sich diesen Luxus zu leisten. Eine mißgünstige Nachbarin zeigte sie an. Die Geschworenen und Richter bewiesen volles Verständnis für die Not der Frau. Frau H wurde zur geringsten zulässigen Strafe verurteilt. Die Geschworenen befürworteten einstimmig ein Gnadengesuch für die Verurteilte und sammelten unter sich eine kleine Geldsumme, die Frau H. mit freudiger Rührung für ihr Kind in Empfang nahm. **Weitere Gaben und sonstige Hilfe nimmt die Redaktion der „Volkswacht" gern entgegen.** Frau H. arbeitet jetzt bei einem Unternehmer für 32 Mark wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 8 Stunden täglich."

Wir zweifeln nicht, daß der Appell an das Solidaritätsgefühl des Danziger Proletariats nicht ungehört verhallen wird.

Das Verfahren in Gnadensachen ist vom Justizminister neu geregelt worden. Nach den ergangenen Verfügungen sind in jedem Landgerichtsbezirk ein oder mehrere Richter als Beauftragte des Justizministers für Gnadensachen auf die Dauer eines Geschäftsjahres bestellt mit der Maßgabe, daß sie bei der Bearbeitung der Gnadensachen an die Stelle der Ersten Staatsanwälte treten.

Neuregelung der Schulaufsicht. Vom preußischen Kultusministerium sind jetzt die Bestimmungen über die Aufhebung der Ortsschulaufsicht ergangen. Die bisherige Aufsicht über die öffentlichen Schulen soll in der Regel in erster Linie auf die Lehrkräfte der einzelnen öffentlichen Anstalten übergehen. Nur wo dies nicht möglich ist, sind die Kreisschulinspektoren wieder heranzuziehen. Eine weitere Verfügung des Ministers beschäftigt sich mit dem Vorsitz im Schulvorstand. Sie lautet: „Das Interesse der Schulen verlangt, daß die am meisten geeigneten Persönlichkeiten ohne Rücksicht auf Stand, Beruf oder Partei dazu bestellt werden, den Vorsitz im Schulvorstand zu führen. Die im April dieses Jahres erlassenen Bestimmungen sollten lediglich die Vorschrift beseitigen, daß mit Rücksicht auf seine Anciennität meistens der Ortsgeistliche [illegible] als die am besten geeignete Person anzusehen ist. Der Lehrer und der Gemeindevorsteher kann ebensogut wie der Ortsgeistliche den Vorsitz im Schulvorstand übernehmen. Die Auswahl der Vorsteher soll künftig vorurteilslos unter dem Gesichtspunkt der größtmöglichen Förderung der Schule erfolgen."

Genug Land zur Besiedlung im Freistaat Danzig. Nach einer Berechnung, die Prof. de Jonge gemacht hat, kann die ganze Bevölkerung von Danzig im Freistaatgebiet angesiedelt werden. Wenn jede Familie 150 Quadratmeter Land zu einer Wohnheimstätte erhalten würde, dann würden nur etwa 5 Prozent oder der [illegible] Teil der Landfläche der beiden Danziger Landkreise erforderlich sein. Eine ausreichende Erbauung von Kriegerheimstätten im Freistaatgebiet ist also möglich.

Erde statt Kartoffeln! Den Bewohnern werden zuweilen Lebensmittel in einem Zustande nach Danzig geliefert, der geradezu unglaublich ist. In der letzten Sitzung des Kartoffelausschusses wurde mitgeteilt, daß in letzter Zeit aus einem Lieferkreise eine Kartoffelsendung nach Danzig kam, die 10 Prozent Erde enthielt. Die Erbitterung wurde hervorgehoben und — aus dem Kreise wurde geantwortet, daß man die Kartoffellieferungen ganz einstellen würde.

Ordnung auf den Märkten. Die Mitglieder der Verbraucherkammer [illegible] Preisprüfungsstelle [illegible] auf Grund [illegible] die Marktpreise überwachen dürfen. In der [illegible] Vollversammlung der Verbraucherkammer wurde [illegible] wie notwendig diese Ueberwachung ist. [illegible] zu erreichen. Auf Grund von Beschwerden wandte sich die Verbraucherkammer an das Polizeipräsidium mit der Bitte, die Polizeibeamten anzuweisen, auf die [illegible] größere Aufmerksamkeit zu verwenden. Das Polizeipräsidium hat darauf geantwortet, daß die Beamten schon seit längerer Zeit angewiesen sind, jede Höchstpreisüberschreitung zur Anzeige zu bringen.

Unerlaubte Fischeinfuhr aus dem Auslande. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen aus dem Auslande Fische nach Deutschland eingeführt werden, ohne daß die notwendige Erlaubnis erteilt worden ist. Solche Sendungen verfallen der Beschlagnahme. Da die Fischeinfuhr zentralisiert ist und für die Einfuhr aus dem Auslande einzig und allein die Reichsfischversorgung zuständig ist, deren Geschäftsräume sich in Berlin, Behrenstraße [illegible] befinden, muß allen Interessenten angeraten werden, erst [illegible] einer Erlaubnis dieser Stelle Einfuhren nach Deutschland vorzunehmen, da andernfalls deren Beschlagnahme erfolgen muß. Für bezüglich der Fischeinfuhr aus Holland bestehen [illegible] besondere Bestimmungen.

Die Volkshochschule gibt bekannt: Die Vorlesung des Herrn Dr. [illegible] über „Weltanschauungen der Gegenwart und Zukunft" am [illegible] fällt aus; die nächste Vorlesung findet erst am Sonnabend, den [illegible] statt.

Im Rahmen dieser Vortragsreihe wird Herr Dr. Enrich die geistigen Grundlagen des Sozialismus, Kommunismus und Rätesystems in vier Stunden behandeln.

An diesen Vortragsabenden, die am 22., 29. November, 6. und 13. Dezember [illegible] 8 Uhr in der Aula der [illegible] stattfinden, [illegible] zum Preise von 1 Mark (Mitglieder 75 Pfg.) für eine Stunde [illegible]

Gerichtsecke.

Der beleidigte Hüter der Ordnung. [illegible]

Ein versuchter Ausbruch. Die Hilfsarbeiter Bruno Oehmke und der [illegible] Johann Mionskowski in Danzig hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Meuterei und Sachbeschädigung zu verantworten. Beide Angeklagte befanden sich im Danziger Gefängnis und brachen hier in der Nacht zum 7. August aus. Mionskowski will in seinem Bettgestell eine Eisensäge vorgefunden haben, von der er einen Teil dem Oehmke in einer Freistunde gab. Die Angeklagten sägten dann die Eisenstangen in ihren Zellenfenstern durch, bogen die Stangen zur Seite und ließen sich an Bettlaken herunter auf den Hof. Von hier kletterte Mionskowski am Blitzableiter auf ein benachbartes Gebäude und von da ging er durch eine Dachluke in das Treppenhaus des Intendanturgebäudes und entkam so ins Freie. Oehmke aber konnte am Blitzableiter nicht heraufkommen, mußte sich wieder herunterlassen und versteckte sich auf dem Hofe, wo er am Morgen vorgefunden wurde. Mionskowski wurde später wieder ergriffen. Das Gericht verurteilte jeden der Angeklagten zu **einem Jahr 2 Monaten Gefängnis.**

Aus aller Welt.

Das Kriegsgericht der Franzosen

verurteilte 62 Personen, unter ihnen viele Frauen, die sich an dem letzten Streik in Saarbrücken beteiligt hatten, zu insgesamt 50 Jahren Zuchthaus, 39 Jahren Gefängnis und 1825 Frank Geldstrafe. Außerdem wurden acht Ausweisungsbefehle erlassen.

Gefälschte dänische Pässe.

Die dänische Staatspolizei ist einem großen Paßfälschungskomplott auf die Spur gekommen und hat eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Der Hauptschuldige scheint ein deutscher Lithograph namens Rienecke zu sein, der die Fälschung deutscher und dänischer Stempel betrieben hat und auch den Namen des Chefs der dänischen Staatspolizei nachgemacht hat.

Vereitelte Goldschiebung.

Aus Heidelberg wird berichtet: Von einem eingelaufenen Güterzug mußte hier ein heißgelaufener Wagen abgehängt werden. Beim Entladen des Wagens fiel eine Kiste wegen ihrer Schwere auf. Sie war, wie sich bei ihrer Oeffnung ergab, mit gemischtem Golde im Werte von über 1 Million Mark gefüllt, das ins besetzte Gebiet geschmuggelt werden sollte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Von den Franzosen „verschleppt".

Wie dem „Berliner Lokal-Anzeiger" aus Mannheim berichtet wird, wurde unlängst auf der Rheinbrücke von Ludwigshafen der Geheime Kommerzienrat Fasig, der in Ludwigshafen eine Fabrik betreibt, von den Franzosen verhaftet und nach Saarbrücken geschleppt. Dann hörte man nichts mehr von ihm. Jetzt wird bekannt, daß er dieser Tage dort wegen angeblicher Verheimlichung beschlagnahmter Vorräte zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist.

Ludwigshafen muß Kasernen für die Besatzung bauen.

Nach der „Täglichen Rundschau" verlangten die französischen Behörden vom Bürgermeisteramt Ludwigshafen binnen 49 Stunden eine Erklärung darüber, daß die Stadtverwaltung bereit sei, für 2 Bataillone Kasernen zu bauen, andernfalls würden 2000 Mann Besatzungstruppen in Bürgerquartieren untergebracht werden. Die Stadtverwaltung mußte sich schweren Herzens entschließen, diesem rücksichtslosen Verlangen Folge zu geben. Ihr Vorschlag, die Kasernen so zu bauen, daß sie später als Schulen benutzt werden könnten, wurde von den Franzosen verworfen. Die Kosten der Besatzung, die bisher schon sechs Millionen Mark erreichen, drohen für die Gemeinde katastrophal zu werden.

Der russische Fürst als Hochstapler.

Die Kriminalpolizei in Frankfurt a. M. verhaftete in Bad Homburg den 42jährigen ehemaligen russischen Rittmeister Nikolaus von Maklakoff, Fürst von Golitzin, wegen erheblicher Betrügereien und Hochstapeleien. Der Fürst, der sich seit Februar in Deutschland aufhält, hat zahlreiche Kaufleute dadurch um Hunderttausende von Mark geschädigt, daß er ihnen Handelsgeschäfte mit Rußland in Aussicht stellte und sich daraufhin Vorschüsse zahlen ließ.

Im Pariser Bolschewisten-Café.

Ein interessantes Bild von dem Café, in dem die russische Jugend schon vor dem Kriege ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatte und Trotzky täglich zu sehen war, entwirft John Bell in der „Daily News": „Das Café in Montparnasse, wo Trotzky mit seinen Landsleuten Verschwörungen ausheckte, macht heute noch denselben Eindruck wie damals. Die alten Stammgäste sitzen an ihren gewohnten Tischen, spielen Karten und Schach und reden aufgeregt in einer Sprache, die nicht französisch ist. An einem Tisch blättert ein junger Mann in einem Uebungsbuch, zweifellos ein Student von der Sorbonne. In einem Winkel liest eine junge Frau mit glänzenden schwarzen Augen in einer Partitur und schlägt mit den Fingern den Takt, augenscheinlich eine Besucherin des Konservatoriums. An einem anderen Tisch flüstern zwei junge Leute mit träumerischen blauen Augen und gewaltigen Haarmähnen miteinander, beide von unverkennbar slawischem Typus. Sie sind alle Idealisten, diese Russen, und feurige Politiker. Nicht immer in der letzten Zeit ist es dort so friedlich zugegangen. Das Bolschewisten-Café wurde von der Polizei sehr aufmerksam beobachtet: Oefters wurden Streifen darin veranstaltet, weil man nach verdächtigen Persönlichkeiten suchte, und eine Zeitlang war das Lokal völlig geschlossen. Als es aber wieder geöffnet wurde, kehrten die Russen sofort auf ihre alten Sitze zurück. Hier und da findet man leidenschaftliche Mienen und aufgeregte Gespräche, die darauf schließen lassen, daß das Café noch heute der Mittelpunkt ähnlicher Bestrebungen ist als damals, da Trotzky hier residierte . . ."

Neue Schwindlertricks in Berlin.

Der „Vorwärts" schreibt: Mit der „Zimmerfalle" arbeiten seit zwei Monaten zwei Stoffschwindler, die erhebliche Summen erbeuten. Die beiden mieten sich zu „Bureauzwecken" irgendwo ein Zimmer, kaufen dann in Großhandlungen größere Mengen Stoffe und versprechen Zahlung bei Zustellung der Ware in ihrem Geschäftsbureau. Hier nehmen sie dem Boten, der mit quittierter Rechnung erscheint, die Stoffe unter dem Vorwande ab, daß sie im Nebenzimmer nachgemessen werden sollen, und bedeuten ihm, inzwischen zu warten. Die Schwindler lassen den Boten sitzen und verschwinden mit den Stoffen aus dem Hause. So sind ihnen jedesmal 10 000 Mark und mehr in die Hände gefallen. Ihr „Bureau", das sie im voraus bezahlen, benutzen sie natürlich immer nur einmal. Die Betrüger nennen sich Goldstein, Rosenthal, Ehrenberg oder ähnlich. Die Schöneberger Kriminalpolizei hat festgestellt, daß einer von ihnen ein Kaufmann und Geschäftsreisender Jean Nadelträger ist, der aber auch den Namen Chaim Nadelträger führt. Es ist aber noch nicht gelungen, seiner oder seines Spießgesellen habhaft zu werden. Die Großhandlungen werden vor den Schwindlern gewarnt.

Lokales.

Zur Einigung des Danziger Proletariats

wird morgen abend um 6 Uhr in der Aula des städtischen Gymnasiums am Winterplatz eine Vertrauensmännersitzung Stellung nehmen. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung darf keiner der Vertrauensleute fehlen. Mitgliedsbuch und Ausweiskarte sind vorzuzeigen.

Die Einigungsbestrebungen.

Schon mehrmals hat unsere Parteiorganisation versucht, die Einigungsfrage der sozialdemokratischen Parteien Danzigs in Fluß zu bringen. Diese Einigungsverhandlungen sind bisher aber immer gescheitert. Das lag in der Hauptsache daran, daß die Danziger Parteiorganisationen noch immer mit den beiden deutschen Parteien verbunden waren. Das hört jetzt bei Gründung des Freistaates auf. Aus diesem Grunde heraus hat die sozialdemokratische Partei sich erneut an die Parteileitung der Unabhängigen gewandt, um neue Einigungsverhandlungen anzuknüpfen. Die Unabhängigen haben in einer Vertrauensmännersitzung dazu Stellung genommen und neun Programmpunkte aufgestellt, die als Grundlage eines Einigungsprogramms dienen sollen. Diese Programmpunkte sind in der Hauptsache dem Erfurter Programm entnommen und es ist selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Partei Danzigs im Prinzip gegen diese neun Punkte nichts einzuwenden hat. Eine Vertrauensmänner-Sitzung unserer Partei wird sich demnächst mit den Unabhängigen-Programmpunkten beschäftigen. Unabhängig von den Vereinigungsverhandlungen der Parteileitungen geht eine Aktion der Vertrauensleute der Großbetriebe dahin, eine Einigung der sozialistischen Partei im Freistaat herbeizuführen. Wir können nur nochmals dem Wunsch Ausdruck geben, daß diese Verhandlungen endgültig zum Ziele führen möchten. Noch gibt es in beiden Lagern sehr viel Zweifelnde und Mißtrauische. Besonders sind es solche Mitglieder, die erst nach der Revolution sich der einen oder anderen sozialdemokratischen Partei angeschlossen haben. Die politische Betätigung dieser Leute bestand bisher meistens im Bruderkampf. Es wäre deshalb im Interesse der Einigung sehr zu begrüßen, wenn bei den kommenden Verhandlungen die Genossen in Vordergrund treten möchten, die schon in früheren Jahren gemeinsam in der alten vereinigten Partei gekämpf haben.

Seid einig, einig, einig!

Mit diesen Worten schloß der konservative Stadtverordnete Brunzen eine Rede in der er das Bürgertum ermahnte, eine einheitliche Front bei den Wahlen gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Die Wahlarbeit müsse in die einfache Formel zusammengefaßt werden: Gegen die Sozialdemokratie. Wenn etwa eine sozialistische Mehrheit in die Danziger Stadtverordnetenversammlung einziehen würde, dann wehe dem steuerzahlenden Bürgertum. Am Schluße seiner Rede ermahnte er seine mittelständlerischen Zuhörer: Wählen Sie von Bürgerlichen wen Sie wollen, nur keinen Sozialdemokraten. Auch die andern bürgervereinlichen Redner hieben in dieselbe Kerbe, darunter der bisher als „Demokrat" bekannte Fabrikbesitzer Lück. Wenn auch diese Spießbürgervereinigung keinen großen Anhang in den breiten Volksmassen hat, so haben sie doch Dank des Dreiklassenwahlrechts in Danzig bisher eine große Rolle gespielt. Auch jetzt werden sie natürlich versuchen das Bürgertum so geschlossen wie nur irgendmöglich zu machen. Das sollten sich die Sozialdemokraten merken, und daran ersehen, was bei den kommenden Wahlkämpfen auf dem Spiele steht. Nur dann wird die Arbeiterschaft wirkungsvoll der mittelständlerischenReaktion begegnen können, wenn sie der geschlossenen Front des Bürgertums die einheitliche Front der Sozialdemokratie entgegensetzt. Die Brunzensche Mahnung zur Einigkeit sollte deshalb insbesondere von den Danziger Sozialdemokraten befolgt werden.

Die Kasernenwohnungen.

Die Kasernenfrage beschäftigte wiederum den Ausschuß für Wohnungsbeschaffung in seiner letzten Sitzung. Der Ausschuß hat sich durch Vermittelung des Vollzugsausschusses an den Reichswehrminister Noske gewandt und darüber Beschwerde geführt, daß die Militärverwaltung den städtischen Interessen so wenig entgegenkomme und die Kasernen nicht zur Verfügung stelle, so weit sie nicht ausgenutzt werden. Es wurde darauf hingewiesen, daß in der Reiterkaserne von 60 Stuben nur 19 benutzt werden. Es wäre doch richtiger, die Kasernen einer dauernden Benutzung zuzuführen, zumal dadurch die große Wohnungsnot gelindert werden könne. Den späteren endgültigen Verwendungszweck wolle man dadurch nicht festlegen. Es wird gebeten, die Danziger Militärbehörden aufzufordern, unverzüglich die Truppen und Militärbehörden zusammen zu legen und alle überflüssigen Räume dem Magistrat zur Verfügung zu stellen. Alles natürlich vorbehaltlich der späteren Genehmigung des Oberkommissars und unter der Bedingung, daß bauliche Aenderungen bis zur Uebergabe an den Oberkommissar nicht vorgenommen werden. Wie der Vertreter des Wohnungsamtes mitteilte, sind inzwischen einige militärische Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt worden. Durch Räumung wurden etwa 200 Wohnungen freigemacht. Das Trainkasino und ein Teil der Trainkaserne konnte von der Stadt übernommen werden. In der Kaserne Bastion Ochs sollen Wohnungen hergestellt werden. Am Brösener Weg sollen 10 Baracken zur Aufstellung kommen. Wagenschuppen und Werkstattgebäude werden ausgebaut. Es wurde weiter auf die Baracken am Wiebenplatz hingewiesen, die als Wohnungen hergestellt werden könnten. Die Wiebenkaserne erscheine sehr geeignet, um sie mit Kontoren anzufüllen. Hier würde ein großes zusammenhängendes Geschäftshaus entstehen können. Den Spielklub aus dem Kasino in der Melzergasse hofft man herauszubekommen. In den unteren Räumen dieses Hauses wohnt augenblicklich eine französische Militärmission.

Eine Sondervorstellung des Arbeiter-Bildungsausschusses im Stadttheater.

Nach längerer Pause kommt der Arbeiter-Bildungsausschuß mit einer Theatervorstellung heraus. Es ist gelungen das Drama des verstorbenen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Emil Rosenow:

„Die im Schatten leben"

für eine Sondervorstellung im Stadttheater z. erhalten. Bis zum Ausbruch der Revolution war die Aufführung des Stückes in Preußen verboten. Der alte Obrigkeitsstaat fühlte sich nicht stark genug, eine dramatische Schilderung des Bergarbeiterlebens auf der Bühne zu ertragen. Emil Rosenow ist auch der Danziger Arbeiterschaft kein Unbekannter. Bereits vor Jahren konnte seine Komödie „Kater Lampe" in einer besonderen Vorstellung aufgeführt werden. Wenn nun endlich auch die Aufführung seines stark wirkenden Dramas möglich ist, so muß auch diese Vorstellung den vollzähligen Besuch der Arbeiterschaft finden. Die Vorstellung findet am Mittwoch (Bußtag), den 19. November, nachmittags 2 Uhr, im Stadttheater statt. Der Eintrittspreis ist einheitlich für alle Plätze auf 1,25 Mark festgesetzt und werden die Karten in den Vorverkaufsstellen — siehe Anzeige — ausgelost. An der Kasse findet kein Verkauf statt und ist rechtzeitiger Kauf der Karten dringend zu empfehlen. Wenn der Arbeiter-Bildungsausschuß seine künstlerischen Veranstaltungen des Winters mit der Aufführung dieses Arbeiterdramas einleitet, so geschieht das in der Erwartung, daß er durch die Wahl dieses Stückes auf den vollzähligen Besuch der Danziger Arbeiterschaft rechnen kann. Versäume daher niemand den Besuch dieser Vorstellung.

Warnung vor dem Ankauf unbanderolierter Zigaretten. In letzter Zeit werden im Schleichhandel und auch öffentlich größere Mengen unversteuerter Zigaretten englischer, belgischer oder amerikanischer Herkunft angeboten. Da die Packungen dieser Zigaretten nicht mit den erforderlichenSteuerzeichen versehen sind, verfallen sie nach der Ausnahmen nicht zulassenden Vorschrift des § 23 Zig. St. Gs. der Einziehung durch die Steuerbehörde ohne Rücksicht darauf, wem sie gehören und ob gegen den Eigentümer oder eine andere Person ein Strafverfahren eingeleitet wird.

Abschluß der Gehaltsbewegung im Stadttheater. Unsere Leser sind bereits über die Gehaltsbewegung unterrichtet, in der sich die Solo- und Chormitglieder des Stadttheaters seit einiger Zeit befanden. Die Einigung ist nun gestern erfolgt. Es werden Zulagen ausgegeben, die sich stufenweise folgendermaßen verteilen: Bis 350 Mark 50 Prozent, bis 400 Mark 45 Prozent, bis 450 Mark 40 Prozent, bis 500 Mark 35 Prozent, bis 600 Mark 30 Prozent, bis 800 Mark 20 Prozent, bis 1000 Mark 5 Prozent. — Das Gesamtmehr für Gagenzahlung beziffert sich für die laufende Spielzeit auf rund 190 000 Mark.

Ankunft der ersten Flugpost in Danzig. Seit Beginn dieser Woche wartet Danzig täglich auf das von Berlin angekündigte Postflugzeug, bisher aber leider immer vergebens. Am ersten Tage kam das Flugzeug nur bis Schneidemühl, von wo es infolge der einsetzenden Schneestürme nicht weiterfliegen konnte. Vorgestern schien es allerdings, als ob die erste Flugpost in Danzig eintreffen sollte; denn aus der Provinz wurde uns die Sichtung des Postflugzeuges gemeldet. Das Flugzeug aber fuhr von Schneidemühl, wo es eine Zwischenlandung vorgenommen hatte, ohne Danzig zu berühren direkt nach Königsberg. Gestern endlich traf bei der in voriger Woche hier ins Leben gerufenen „Danziger Luftreederei" die Nachricht ein, daß das erste der der Gesellschaft gehörigen Flugzeuge nach Danzig unterwegs sei. Gegen 3 Uhr nachmittags wurde das Flugzeug gesichtet und kurz darauf landete es glatt auf dem Langfuhrer Flugplatze. Zum Empfang der zahlreichen Postsachen, die das Flugzeug mit sich führte, waren mehrere Postbeamte nach dem Platz beordert worden. Trotz der ungünstigen Witterung ist es den beiden Piloten Wendt und Fliegerleutnant d. Res. Wagner gelungen, den Flug, mit Ausnahme der vorgesehenen Zwischenlandung in Schneidemühl, glatt durchzuführen.

Die Gemeindewahlen im Freistaatbereich. Wie in Danzig, so werden, wie nunmehr beschlossen ist, auch in den ländlichen Gemeinden des Freistaatsbezirkes die Wahlen am Sonntag, den 14. Dezember, stattfinden. Für den Kreis Danziger Höhe sind bereits die notwendigen Verordnungen erlassen, um die Wahlen in den 22 Landgemeinden Kl.-Bölkau, Borgfeld, Braunsdorf, Brentau, Emaus, Gischkau, Glucau, Frensdorf, Guteherberge, Kladau, Langenau, Löblau, Meisterswalde, Ohra, Oliva, Praust, Ramkau, Richthof, Rosenberg, Schönwarling, Kl.-Trampken und Wonneberg durchzuführen.

Die Mörder des Bürgerwehrmannes Mulks gefaßt! Die als Mörder des Bürgerwehrmannes Mulks in Frage kommenden Gebrüder Otto und Franz Herbst von hier konnten in ihrem Schlupfwinkel bei Frau Drewing, Altschottland, Radauneufer 28, festgenommen werden. Bei beiden hielt sich auch die von der Staatsanwaltschaft und Polizei gesuchte Frau Schulz gesch. Panzer auf, die gleichfalls festgenommen wurde. Außer dem in Frage kommenden Mord werden den Gebrüdern Herbst noch eine Reihe von Einbrüchen zur Last gelegt. In ihrem Besitz fand man eine scharf geladene Mauserpistole mit noch zwei gefüllten Rahmen. Frau Drewing hatte den in ihrer Wohnung erschienenen Kriminalbeamten die Anwesenheit der Gesuchten auf das entschiedenste in Abrede gestellt. Das saubere Kleeblatt, das von der Staatsanwaltschaft in Stettin gesucht wird, konnte aber aus dem Keller, wohin es beim Erscheinen der Kriminalbeamten geflüchtet war, herausgeholt werden. Von Otto und Franz Herbst hatte ersterer eine zweijährige Zuchthausstrafe und letzterer eine zweijährige Gefängnisstrafe wegen schweren Diebstahls zu verbüßen und beide werden auch von der Staatsanwaltschaft Stettin gesucht.

Den Bock zum Gärtner gemacht. Die neue Sicherheitspolizei machte am 7. November ihren ersten Versuch, praktisch Dienst zu tun. Im Stadtverordneten-Sitzungssaale hatte sie eine Wache zum Schutze des Rathauses untergebracht. Nach dem Verlassen dieses Wachtlokals waren von einer Anzahl von Polsterstühlen die Lederbezüge ausgeschnitten und verschwunden. Mithin ist dieser erste Versuch nicht sehr gelungen.

Photographien von Kriegsgefangenengräbern. Durch das Prisoners of War Information Bureau, London, konnten bisher Photographien von Gräbern deutscher Kriegsgefangener, die in England zur letzten Ruhe bestattet worden sind, bezogen werden, aber nicht von Gräbern auf französischem Boden. Nach nunmehr vorliegender Mitteilung ist das Prisoners of War Information Bureau, London, bereit, Photographien auch von diesen, soweit es sich um Gräber von deutschen Kriegsgefangenen handelt, die sich in englischer Hand befanden, zu beschaffen. Da das Prisoners of War Information Bureau, London, zunächst einen Ueberblick über die Anzahl der voraussichtlich in Frage kommenden Photographien zu gewinnen wünscht, werden die Angehörigen von den in englischer Hand verstorbenen Gefangenen, die auf französischem Boden beerdigt wurden, gebeten, umgehend einen Antrag auf Beschaffung einer Photographie beim Verein vom Roten Kreuz, Frankfurt a. M., Zeil 114, einzureichen.

Ein Jubilar. Heute sieht Herr Armenpfleger Ferdinand Wiesenberg, Altst. Graben 112, auf eine 25jährige ehrenamtliche Tätigkeit als Armenpfleger der 7. Armenkommission zurück. Der Magistrat hat ihm ein Glückwunsch- und Dankschreiben zu dem heutigen Tage übersandt.

Heim für erholungsbedürftige Mädchen. Oliva, Pelonker Str. 5, ist kürzlich ein Heim für erholungsbedürftige Mädchen eröffnet worden. Verpflegung und Betten werden von der Leiterin, Margarete Selleneit, jedem eintretenden Kinde gewährt. Die täglichen Gesamtkosten betragen für jedes Kind 10 Mark. Bei etwaigen Erkrankungen liegt die Behandlung in Händen des Sanitätsrats Dr. Katke.

Die Buchhandlung der Volkswacht befindet sich seit einigen Tagen in dem neuerbauten Laden Am Spendhaus 6, im Vorderhaus unseres Druckereigebäudes. Unser Laden in der Paradiesgasse bleibt auch weiterhin bestehen. In beiden Geschäften ist in reicher Auswahl Partei- und Gewerkschaftsliteratur, sowie gute Unterhaltungslektüre erhältlich. Wir laden alle unsere Leser ein, sich von der Leistungsfähigkeit unseres Buchhandels selbst zu überzeugen.

Polizeibericht vom 13. November 1919. Verhaftet: 5 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Hehlerei, 1 wegen schwerer Körperverletzung und 1 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 blauseidener Selbstbinder in Papier gewickelt, 1 Schließkorb mit Wäsche und Kleidungsstücken und einem Buch betitelt: Trug-Gold mit dem Namen Erno Schülke versehen, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Wasserstandsnachrichten am 13. November 1919.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+ 1,02	+ 1,08	Pieckel	+ 0,92	+ 0, 8
Fordon	+ 1,00	+ 0,81	Dirschau	+ 1,26	+ 1,23
Culm	+ 1,14	+ 0,99	Einlage	+ 2,12	+ 2,06
Graudenz	+ 1,22	+ 1,01	Schiewenhorst	+ 2,28	+ 2,16
Kurzebrack	+ 1,45	+ 1,37	Wolfsdorf	+ 0,36	+ 0,30
Montauerspitze	+ 1,02	+ 0,99	Anwachs	+ 0,83	+ 0,85

Weichsel: Von der Landesgrenze bis zur Mündung Eistreiben in 2/3 Strombreite. Das Eis treibt in nordwestlicher Richtung gut in See ab. Nogatwasserstraße Eisdecke mit Blänken.

Standesamt.

Todesfälle: Witwe Marie Dubke geb. Greve, 66 J. 6 M. — Rentenempfänger August Malewski, 68 J. 3 M. — T. d. Tischlers Wilhelm Wirtz, 5 W. — Eisenbahn-Aushelfer Hermann Müller, 31 J. 4 M. — Arbeiterin Emilie Dudeck, 60 J. 4 M. — Tischlermeister Hermann Bluhm, 61 J. 8 M. — Frau Charlotte Koepke geb. Römer, 70 J. 9 M. — S. d. Arbeiters Heinrich Nowotzki, 5 W. — Invalide Karl Borchert, 73 J. 10 M. — T. d. Tischlers Friedrich Gustke, 6 J. 6 M. — Wachtmeister Karl Noske, 51 J. 2 M. — Witwe Adelgunde Stützer geb. Jasznewski, 76 J. 9 M. — Unehelich: 2 Töchter.

Aus den Ostprovinzen.

Gemeindewählerversammlung.

Praust.

Gestern abend fand in Praust eine öffentliche Versammlung im Kresinschen Lokal unter dem Vorsitz des Genossen Zube statt, in der Genosse Reichskommissar Gehl über Gemeindewahlen sprach. Er gab zunächst geschichtliche Rückblicke und wies dann die Notwendigkeit der Beteiligung an den Gemeindewahlen für die Arbeiterschaft nach. Hierbei betonte er insbesondere die Notwendigkeit des baldigen Zusammenschlusses der sozialdemokratischen Parteien, zumal die bürgerlichen Parteien in Danzig bereits erklärt haben, daß sie bei den Gemeindewahlen der Arbeiterschaft geschlossen gegenüberstehen würden. Weiter besprach Referent die verschiedenenGebiete, auf denen die zukünftigen sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeinden ganz besonders wirken müßten. So z. B. bei der öffentlichen Gesundheitspflege, in der Wohnungsfrage, in der Bodenfrage, ferner besonders bezüglich der Ernährung und der Versorgung mit Heizmaterialien. Zum Schluß sprach Referent über die voraussichtliche Entwicklung im Freistaate Danzig unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse der Arbeiterschaft und der Sozialdemokratie. Die stark besuchte Versammlung, in der sich auch Unabhängige, Kommunisten und Bürgerliche befanden, zollte dem Redner starken Beifall.

Ohra. Die Arbeiterjugend wird auf den heute abend 7 Uhr stattfindenden Vortrag und Gesangsabend hingewiesen, den der Jugendfreund O. Radandt leitet. Niemand vergesse aber sein Mitgliedsbuch!

Stangenwalde. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt in der Genosse Walz-Ohra über die Bedeutung des 9. Novembers sowie über die kommenden Gemeindewahlen sprach. Der Redner wies darauf hin, daß die Arbeiterschaft alles daran setzen muß, um bei den Gemeindewahlen den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei zum Siege zu verhelfen. Alle Anwesenden, soweit sie nicht Mitglieder unserer Partei waren, auch die der U. S. P., traten unserer Partei bei.

Thorn. Die Eingemeindung von Podgorz in die Stadt Thorn ist in Vorbereitung und ein vorläufiger Vertrag vereinbart. Danach wird Podgorz durch drei Stadtverordnete und ein besoldetes Magistratsmitglied in der Thorner Verwaltung vertreten sein. Die Stadt Thorn soll verpflichtet sein, die Erbauung einer zweiten Weichselbrücke im Zuge der Seglerstraße nach Möglichkeit zu fördern und über diese eine Straßenbahn bis zur Mitte von Podgorz zu erbauen. Vorher soll aber schon ein Omnibusverkehr zwischen Thorn und Podgorz zur Einrichtung kommen. Weiter soll Thorn verpflichtet sein, innerhalb sechs Jahren in Podgorz eine Kanalisation herzustellen, deren Kosten vor Kriegsbeginn auf 300 000 Mk. berechnet wurden, jetzt aber auf mindestens eineMillion zu veranschlagen sein werden. Der öffentliche Schlachtzwang darf in Podgorz nicht vor 1930 zur Einführung gelangen. Für die Podgorzer Schlächter soll eine eigene Kühlhalle erbaut werden. Das Vermögen von Podgorz ist auf 993 344 Mark berechnet, dem Schulden in Höhe von 540 000 Mark gegenüberstehen.

Polzin. Im „Tageblatt" von Polzin macht ein dortigerSchlächter bekannt: „Sämtlichen Schleichhändlern Polzins und Umgegend mache ich hiermit bekannt, daß ich trotz der erhaltenen Strafe derselbe bleibe." — Starker Tobak!

Mehlsack. Einen Raubzug mit Automobil unternahmen kürzlich mehrere bisher noch nicht ermittelte Männer. Nachts hielt ein Auto bei der Besitzung der Witwe Schikor in Stiegehnen, dem acht Männer entstiegen. Sie machten sich über den Hühnerstall her und ließen sämtliche Martinsvögel mit sich gehen. Darauf statteten sie dem Gehöft des Besitzers Jagermann einen Besuch ab, luden, ohne den Besitzer zu fragen, ein Schaf auf das Auto und fuhren von dannen.

Verantwortlich für Redaktion: Ernst Loops; für Inserate: Bruno Ewert; Verlag und Druck: J. Gehl & Co., Danzig.

Aus aller Welt.

Schwieriger Elefantentransport.

Schloß Het Loo in Holland besitzt in Gestalt seines herrlichen Parks eine Sehenswürdigkeit, an die sich eine kuriose Geschichte knüpft. Vor mehr als hundert Jahren, zur Zeit der napoleonischen Invasion, befand sich in jenem Park eine Tiersammlung, zu der auch zwei mächtige Hans und Parkie genannte Elefanten gehörten. Auch diese waren in die Hände der Franzosen gefallen und sollten nun nach Paris überführt werden, um im Jardin des Plantes Aufnahme zu finden. Aber diese Ueberführung gestaltete sich schwieriger, als man vorausgesehen hatte. Den Lastwagen, der zu ihrem Transport bestimmt war, hatten die übelgelaunten Dickhäuter schnell zertrümmert und als ein neuer stärkerer Wagen zur Stelle war, stellte sich heraus, daß dieser zu groß für das Parktor war. Schließlich gelang es doch, die Dickhäuter zu verfrachten und die Reise, die teils zu Fluß und teils zur See ausgeführt werden sollte, wurde angetreten. Aber schon in der Rheinmündung litten die Elefanten so schwer unter der Seekrankheit, daß die Reise zu Lande fortgesetzt werden mußte. Kurz, volle zweiundzwanzig Tage nach der Abreise befanden sich Hans und Parkie noch immer auf holländischem Boden. Als sie endlich den Jardin des Plantes erreichten, hatten die beiden Elefanten den Franzosen mehr Zeit und Mühe verursacht, als die Eroberung der sieben niederländischen Provinzen erfordert hatte.

Eine Pariser chinesische Zeitung

ist das Neueste auf dem Gebiete der Pressepublikationen. Seit einigen Tagen erscheint in der französischen Hauptstadt eine Wochenschrift in chinesischer Sprache. Ein Chinese hat sie für die allein schon in Frankreich lebenden 80 000 Chinesen als eine Notwendigkeit erklärt und einen Stab von chinesischen Mitarbeitern gewonnen, die von nun an regelmäßig den Europa-Chinesen mit geistiger Heimatkost versorgen werden. Allerdings besitzt keine europäische Druckerei chinesische Lettern, deshalb wird, wie der „Avenir" mitteilt, der Inhalt der Wochenschrift in den chinesischen Ideogrammen möglichst kalligraphisch niedergeschrieben, dann diese Schrift photographiert und schließlich mit Hilfe der Photographie ein Klischee hergestellt. Die Zeitung erscheint in 8000 bis 10 000 Exemplaren und wird trotz der schwierigen Herstellung für zehn Centimes verkauft.

Unglaubliche Uebergriffe tschechischer Soldaten.

Aus Prag wird gemeldet: Aus Neubistritz in Südböhmen (österreichische Grenze) kommen Nachrichten, die auf die Tätigkeit der dortigen Militär- und Grenzpolizei ein eigenartiges Licht werfen. Bei dem lebhaften Grenzverkehr kommen selbstverständlich dann und wann geringfügige Uebertretungen der Grenzvorschriften vor. Kann irgendeine Person überführt werden, so wird sie in ganz unzulänglichen Lokalitäten tagelang eingesperrt, erhält nichts zu essen und wird auf die unglaublichste Weise gequält. Die Mannschaft schüttet den Inhaftierten kaltes Wasser in das Essen und außerdem werden sie während der Zeit ihrer willkürlichen Internierung jeden Tag geprügelt. Stockstreiche werden täglich bis 75 verhängt. Ein Krüppel aus Reichors, der die ihm zugesprochenen Stockstreiche nicht ausgehalten hätte, mußte sich eine gewisse Zeit täglich melden und sich die Prügel partieweise holen. Außerdem wurden die vollständig entrechteten Personen gezwungen, bloßfüßig den Markt zu kehren. Die Erregung der Bevölkerung über solche Brutalitäten ist ungeheuer. Von entsprechender Stelle wurden in der Sache Vorsprachen beim Minister des Innern und beim Prager Kriegsminister gehalten.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Donnerstag, den 13. November 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten B I.
Die Rutschbahn
Schwank in 3 Akten von Heinz Gordon und Kurt Götz.

Freitag, den 14. November 1919, abends 6 Uhr
Dauerkarten C I.
Der Troubadour
Oper in 4 Akten von Giuseppe Verdi.

Sonnabend, d. 15. November 1919, abends 5½ Uhr
Dauerkarten D I.
Ermäßigte Preise.
Romeo und Julia
Trauerspiel in 5 Akten von William Shakespeare.

Sonntag, den 16 November 1919, nachm. 2 Uhr
Ermäßigte Preise.
Liselott von der Pfalz
Lustspiel in 4 Akten von Rudolf Presber und Leo Walther Stein.
Abends 6 Uhr.
Dauerkarten haben keine Gültigkeit.
Norma
Große Oper in 3 Akten von V. Bellini.

Künstler-Spiele Danziger-Hof

Eingang Dominikswall 6
Dir.: Alex Braune   Art.-Leit.: Alfred Müller

Inge Lars — Jnes und Alex — Lore Meissner
Karl Edler — Anni Wilrens-Schulhoff — Dr. Allos
Lachpillenwolf — Ellen Rathe — Adolf Karnbach
Konzertorchester-Leiter: Violin-Virtuose Steffie.

Preise der Plätze: Terasse und Orchestersessel ℳ 7.50, Parkettsessel ℳ 6.50, 1. Tischplatz ℳ 5.—, 2. Tischplatz ℳ 3.50. (5076

Jeden Sonntag nachmittag 4 Uhr:
Musikalischer Tee
Gesangs- u. Tanzaufführungen.

Künstlerdiele
Eröffnung in den nächsten Tagen.

Arbeiter-Bildungsausschuß.

Sondervorstellung im Stadttheater
Mittwoch (Busstag), 19. November, nachm. 2 Uhr:
„Die im Schatten leben"
Drama auf der roten Erde in 4 Akten von Emil Rosenow.
Einheitspreis für alle Plätze Mk. 1,25 einschl. Programm usw.

Die Eintrittskarten werden ausgelost und sind in folgenden Verkaufsstellen erhältlich: Buchhandlungen der „Volkswacht", Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32, Zigarrenhandlungen von Gottke Nachfl., Langebrücke 18, Sellin, Schüsseldamm 56; 4. Damm Nr. 7, 2 Tr., Zimmer 5 und bei den Vertrauensleuten. Für die Vororte erfolgt die Bekanntgabe der Verkaufsstellen in der nächsten Anzeige.

Ein Kartenverkauf an der Kasse findet nicht statt.

Beginn pünktlich 2 Uhr. Einlaß ½2 Uhr.

Die Aufführung dieses Stückes war in Preußen bis zur Revolution verboten.

In einer besonderen Vorstellung kann es nun der Bevölkerung zugänglich gemacht werden und erwarten wir den vollzähligen Besuch der Arbeiterschaft. (6043

Der Arbeiter-Bildungsausschuss.

Volksfürsorge,

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Policenverfall.
— Sterbekasse. —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Wer bar Geld braucht
wend. sich direkt a. R. Liedtke, Danzig, Paradiesgasse 8-9. (5021

Vogelbauer,
gut erhalten, Preis 25 Mk., zu verkaufen (†
Strauß, Schild 15.

Interessante Bücher!

Geschäftsbriefsteller	M. 2.50
Liebesbriefsteller	„ 2.50
Großes Traumbuch	„ 2.50
Tanzlehrbuch	„ 2.50
2092 Liederverse	„ 1.50
Schnadahüpfln	„ 1.—
Witze zum Totlachen	„ 1.50
Großes Kochbuch	„ 2.50
Großes Rätselbuch	„ 1.50
Hochzeitsgedichte	„ 2.50
Hausdoktor	„ 2.50
Haustierarzt	„ 2.50

Verlag Johanna Stopp, München, Hohenzollernstraße 77. (5010

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bühnenleitung Willy Koßmann.

Donnerstag, den 13. und Freitag, den 14. November, abends 6½ Uhr:

„Schwarzwaldmädel"
Operette in 3 Akten von Leon Jessel.

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Bruno Kadlin, Langermarkt 23.
Sonntag von 10—3 Uhr an der Theaterkasse.

Vorverkauf benutzen!

Märchen-Theater

Guttempler-Loge an der gr. Mühle.
Morgen Freitag, den 14. Novbr.
Extra-Vorstellung
7 Zwerge
Anfang 4½ Uhr. Kassenöffnung 3½ Uhr.
Auf allen Plätzen 50 Pfennig!

Mandolinenverein Einigkeit. E. V. D.

feiert am 15. November im „Werftspeisehaus" sein
Stiftungsfest
verbunden mit Konzert, Rezitationen und Theater mit darauffolgendem großen
Festball
Durch Mitglieder eingeführte Gäste gern gesehen.
Anfang 6 Uhr. Kassenöffnung 5½ Uhr.
Eintrittspreis 3.50, im Vorverkauf 3.00, sind zu haben im Vereinslokal, Niedere Seigen 8, in der Volkswacht am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.
(6074) **Der Vorstand.**

Achtung!

Alle Betriebsarbeiter-Räte werden
zu Sonnabend, den 15. d. Mts.
abends 5 Uhr, nach Neugarten 30 I
zur Regelung einer dringenden Angelegenheit geladen. (6072
Der Arbeitslosenrat.

Abstimmungsberechtigte!

Deutsche aus West- und Ostpreußen, Oberschlesien und Schleswig, tut Eure Pflicht, daß deutsches Land deutsch bleibt!

Teilt Name, Adresse, Geburtsort und Geburtstag

für Westpreußen
dem Ostdeutschen Heimatdienst, Abt. für Volksabstimmung in Westpreußen, Elbing,

für Ostpreußen
der Bezirksstelle Allenstein des Ostdeutschen Heimatdienstes, Carlshof b. Rastenburg,

für Oberschlesien
den vereinigten Verbänden heimatstreuer Oberschlesier, Abt. B, Breslau 18, Kaiser-Wilhelmplatz 20,

für Schleswig
dem Deutschen Ausschuß f. Schleswig, Berlin C 2 Burgstraße 30, Zimmer 53,
auf einer Postkarte mit.

In Danzig werden Meldungen Abstimmungsberechtigter entgegengenommen und Auskunft erteilt vom (6078

Ostdeutschen Heimatdienst,
Danzig, Weißmönchenhintergasse 1—2.

Radfahrer!

Mäntel, Schläuche aus prima Naturgummi, zu ganz bill. Preisen, allerbester Auslandsgummi in verschiedenen Fabrikaten, große Auswahl.
Reparaturen an Fahrräd., Nähmaschinen sofort in eigener Werkstatt. (6088
Danziger Fahrrad-Zentrale, Breitgasse 56.

Arbeitsamt der Stadt Danzig

Abt. für Frauenberufe
2628 Langgassertor 2628
empfiehlt
Hand- und Maschinennähterinnen, Hausmädchen, Aufwärterinnen, Wasch- und Reinmachefrauen sowie Speicher- und Gelegenheitsarbeiterinnen.
Kostenlose Vermittelung.
Geöffnet täglich von 8—1 Uhr und für Dienstbotenvermittelung am Dienstag und Donnerstag von 4—6 Uhr. (6076
Der Magistrat.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Danzig.
Bureau: 4. Damm 7, 1. Telephon Nr. 2544

Sonntag, den 16. November, vormittags 9½ Uhr
General-Versammlung
des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes im „Werftspeisehaus", Werftgasse.

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht | vom 3. Quartal 1919.
2. Kassenbericht |
3. Ersatzwahl für die Ortsverwaltung.
4. Bericht der Kartelldelegierten.
5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Das Mitgliedsbuch ist zwecks Abstempelung vorzulegen, ohne dasselbe kein Eintritt.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.
[illegible]

U.T. Lichtspiele

Am [illegible]
Telephon 1076
Bis Freitag d. 14. November
Die großen Schlager!
der U.T.-Lichtspiele
2.
[illegible]

Zylinderhüte

werden verliehen
2. Damm 10. (458

Karbid-

[illegible]
Danziger Fahrrad-Zentrale, Breitg. 56. (6088

Kautabak!

[illegible]
Rauchtabak
[illegible]
Walter Belau,
[illegible]

Herren-Anzüge, Ueberzieher, Ulster
[illegible]

Auto-Decken, Schläuche,

ca. 1000 Stück in allen Größen stets auf Lager
Falke-Gesellschaft m. b. H.,
Filiale Düsseldorf, Lager Immermannstraße 57.
8—12 und 2—½6 Uhr. (†
Fernspr. 12574, außerh. der Geschäftsz. 2323.

Putzdirektrice und erste Arbeiterin

zum baldigen Eintritt gesucht. Persönliche Vorstellung vormittags von 10—12 Uhr. (†
Gebr. Freymann G. m. b. H.

In wenigen Privat-Einzelstunden erlernen Sie
Fox-Trot
wie er in vornehmen modernen Art getanzt wird. (5074
Aug. Ehmer, Langermarkt Nr. 5, 2
[illegible]

Alle Tage
frisches Fleisch
verkauft
Roßschlachterei
Johannes Münz,
Rammbau 38. (6071

Tüchtige Direktrice

für erstklassige Maßanfertigung zum baldigen Eintritt gesucht. Gefl. Angebote mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbitten (†
Walter & Fleck.

Transmission

1 Transmissionswelle 45 mm, 6,5 m lang
1 eiserne 3-Stufenriemenscheibe 45/39
verkauft einzeln oder im ganzen
Volkswacht, Am Spendhaus 6.

Kindererholungsheim

Maria Regina Olive, Freistaat Danzig
für erholungsbedürftige katholische deutsche und polnische Mädchen.
Tagespreis täglich Mk. 10.— (6075
Margarethe Schmidt, Oliva, [illegible] 5

Drehstrom-Motor

2—10 PS., zu kaufen gesucht. (6071
Fieliger, Reichskolonie, Fährweg 10 c.

Junger Mann, aus Gefangenschaft zurück, sucht
Stelle als Lehrling
bei freier Station. Schneider oder Glaser. Angeb. unter B 99 a. d. Geschäftsstelle d. Volkswacht. (6070

Trägerinnen

für innere Stadt
sucht
Volkswacht
Am Spendhaus Nr. 6.